

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Erich Mühsinghaus, Berlin.
Telefon: Amt Dönhofs 4196/4196



Redaktion für Verlag und Verbreitung:
Berlin G 261, Tele-Aktions-Post 6
Druckort: Charlottenburg

Die Bestellung erfolgt im Voraus.

Der Abdruck ist nur auf Grund schriftlicher Genehmigung möglich. Abdruck ist für 4 Wochen vor dem Erscheinen, wenn nicht anders vereinbart ist, gebührenfrei für beide Seiten in Berlin.

Berlin, den 28. Juli 1932.

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

Vorwärts und durch!

Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!

SPD. Klar stehen die Fronten! Die alte Zeit gegen die neue! Die Vergangenheit gegen die Zukunft! Die Nacht gegen den Tag! Die Barbarei gegen den Fortschritt! Die Finsternis gegen das Licht!

Seit den Julitagen 1914 gab es in Deutschland kaum solche Spannung als in diesem Juli 1932. Der 31. Juli 1914 war der Schicksalstag des deutschen Volkes und Europas. Was die Wissenden klar erkennen und was die Unwissenden dumpf ahnen, das ist es, dass an diesem 31. Juli 1932 ebenfalls für uns und für Generationen die Würfel fallen und das Los gezogen wird. Nicht um Abgeordnete geht es, sondern um die Freiheit, um Sein oder Nichtsein der deutschen Arbeiterklasse und damit des deutschen Volkes.

Das kapitalistische System ist nicht mehr fähig die Menschen zu ernähren, es kann ihnen weder Arbeit geben noch Brot! Die Scheunen füllen sich auf der weiten Erde mit den unermesslichen Vorräten einer neuen Ernte, aber die Kinder verkümmern bereits im Mutterleib vor Hunger. Am Hunger sterben die Schwachen und die Kranken, die Invaliden und die Greise. Ein Produktionsapparat in nie gekannter Vollendung steht still. Die Räder drehensich nicht, die Maschinen und die Schiffe verrostet. Bankrott ist der Kapitalismus und Deutschland wird nur leben, wenn es sozial ist und sozialistisch. Inmitten dieses Wirrsals, des kapitalistischen Tollhauses zu behaupten, "an allem Elend sind die Sozialdemokraten schuld, die am 9. November 1918 ein grosses blühendes Reich übernommen haben" ist eine elende Lüge.

Wenn es Schuldige gibt für den 9. November 1918 wie für die heutigen nationalen und internationalen Zustände, dann sind es jene, die am 31. Juli 1914 die Würfel rollen liessen zum Krieg und die damit das Todesurteil für Millionen blühender Menschen und zugleich für das kapitalistische System unterschrieben haben. Stopft der Lügenbrut das Maul, die vergessen machen will, dass der 9. November 1918 bereits am 31. Juli 1914 begonnen hat, und dass alles, alles, was wir seit diesem Tag erlebt haben und worunter wir und alle Völker der Erde heute noch leiden, nur die Folge dieses Juli 1914 war und ist.

In jedem einzelnen Zug gleicht der 31. Juli 1932 dem 31. Juli 1914! Damals sass Wilhelm II. in seinem Berliner Palais. Seine Minister und Generäle hazardierten für ihn. Heute lugt der Hohenzoller aus Schloss Doorn nach Deutschland und wiederum sind es seine Beauftragten, die seinen Willen vollstrecken. Damals gegen "den äusseren Feind", heute gegen den inneren. Aber jedesmal auf Kosten von Gut und Blut des Volkes und der arbeitenden Klassen.

Das Nazikabinett der Barone und der Monarchisten begann seinen Regierungsantritt mit einem Bekenntnis zur Monarchie, mit einer Kriegserklärung an das Volk und gegen den "Wohlfahrtsstaat". Es begann seine Herrschaft mit Liebeserklärungen an seinen Urheber Hitler, mit Liebesgaben an die Grossindustriellen und Junker, mit Salzsteuer, Konsumsteuer, Brot-, Renten- und Unterstützungskürzung von jährlich 1½ Milliarden Mark für die Armen!

Das mit Hitlers Hilfe ausgeknobelte Kabinett der Herren von Papen, Gayl und Schleicher begann mit der Freiheit für die Braunen Häuser, für die SA, und zugleich mit der Knechtung der Arbeiterbewegung und der freiheitlich gesinnten Massen des Volkes. Im Gleichschritt mit den Bürgerkriegshorden der SA marschierte "der Leutnant mit den zehn Mann", marschierten Gewalt, Ausnahmezustand, Presseverbote, Denunziationen, Verhaftungen und Einsperrungen missliebiger Personen. Die preussische Regierung wurde ihres Amtes enthoben; Minister wurden gewaltsam von den ihnen durch das Volk anvertrauten Posten geholt. Täglich wird diese Praxis an hohen preussischen Beamten wiederholt, aus einem einzigen Grunde: weil sie aus der Arbeiterbewegung kamen und Sozialdemokraten sind.

Aber alles dies ist erst ein Anfang. Was kommen und werden soll, darüber belehren uns jene den Boxheimern aufs Haar gleichenden Dokumente und Pläne, die wir als "Geheimschreiben" eines Braunen Hauses veröffentlichen konnten. Es sind die Kriegspläne gegen das deutsche Volk, gegen seine Freiheit und gegen sein Leben. Deutschland ein Zuchthausstaat. Sechzig Pfennig tägliche Unterstützung für den Erwerbslosen und seine Familie. Arbeitslose Frauen und Jugendliche unter 18 Jahren erhalten nichts. Die Jugend über 18 Jahren kommt in die militärischen Arbeitshäuser. Auf Streik steht die Todesstrafe. Die Gewerkschaften werden verboten. Kein Parlament mehr, keine sozialdemokratische Zeitung, Ende der Arbeiterbewegung, Ende des Rechts, Ende der Freiheit. Das deutsche Volk, ein Heer von billigen, rechtlosen und hungernden Sklaven, soll dazu dienen, das sterbende Wirtschaftssystem wieder aufzurichten.

Jahrelang hat Judas Hitler das Volk gefüttert und angetrieben durch Versprechungen, Verheissungen und Verkündungen. Nichts mehr von alledem. Mit dem Kabinett der Nazibarone ist die Maske gefallen. Kein Protest mehr gegen eine Nötverordnung, kein Schrei mehr gegen das Kapital, gegen die Banken, gegen die Zinsknechtschaft, gegen Hunger und Verelendung. Sie waren grade gut genug das betörte, harrende und gläubige Volk einzufangen für die Barone und für die Kapitalisten. Niemals hat es in der Geschichte einen schändlicheren Volksbetrug und Volksverrat gegeben. Es ist wahr geworden, was die Sozialdemokratie immer gesagt hat, dass dieser Judas und seine Kumpanei nur die ausgehaltenen und gut bezahlten Söldner des Grosskapitals, der Generäle und Monarchisten sind.

Wiederum, wie am 31. Juli 1914, steht dieses Deutschland der Barone und ihrer braunen Zutreiber und Zuhälter isoliert und einsam in der Welt. Ein Graten hat alle Nationen rings um uns gepackt. Nicht einmal ihre Gesinnungsfreunde die ausländischen Kapitalisten, wollen etwas von ihnen wissen. Wenn es aber in der Welt noch Freunde für das deutsche Volk gibt, so sind es die Mühseligen und Beladenen auf der ganzen Erde, die Arbeiterbewegungen aller Länder, die uns die Bruderhand gereicht haben und voller Erwartungen diesem 31. Juli 1932 entgegenharren. An ihr wird sich nicht nur das Geschick Deutschlands, sondern zugleich das von Europa vollziehen.

Klar stehen die Fronten! Die alte Zeit gegen die neue! Die Barbarei gegen den Fortschritt! Der Kapitalismus gegen den Sozialismus! Die Fahnen hoch, vorwärts und durch

für Liste 1.

SPD. Der preussische Ministerialdirektor Dr. Brecht, eine in allen anständigen Kreisen hochgeschätzte Persönlichkeit, ist von Herrn von Papen in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden. Warum hat der Amtsentheber bisher nicht mitgeteilt. Zweifellos aber wurde auch Brecht, ein Mann in den besten Jahren und mit grossen Fähigkeiten zum einstweiligen Ruhestand verurteilt, weil er Republikaner ist, sich offen zur Republik bekennt und treu zu der für abgesetzt erklärten preussischen Regierung steht. Nicht nur als Republikaner

sondern zugleich in der festen Ueberzeugung, dass die Amtsenthebung dieser Regierung mit der Verfassung nicht in Einklang zu bringen ist.

Brecht hat an Herrn von Papen inzwischen folgenden Brief gerichtet :

"Ihr Telegramm vom 23.7. mit der Mitteilung meiner Versetzung in den einstweiligen Ruhestand habe ich erhalten und unter Vorbehalt der Rechtsfrage von dem Inhalt Kenntnis genommen. Meine Amtsgeschäfte in meinem Nebenamt im Preussischen Finanzministerium habe ich meinem Stellvertreter übergeben.

Die Amtsgeschäfte meines Hauptamtes als Bevollmächtigter zum Reichsrat kann nach meiner nach bestem Wissen und Gewissen vorgenommenen Prüfung der Herr Reichskanzler mir weder als solcher noch auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung als Reichskommissar abnehmen. Während es im allgemeinen nicht Sache des Beamten ist, dem Befehl eines Vorgesetzten zu widersprechen, ist es in diesem besonderen Falle Pflicht des Beamten zu prüfen, ob der, der ihm den Befehl erteilt, sein Vorgesetzter oder sonst zur Erteilung von Befehlen an ihn befugt ist. Die Prüfungspflicht gilt in den Fällen des Artikel 48 nur in ganz wenigen Fragen, dazu gehört aber gerade die Zugehörigkeit zum Reichsrat (Brauchitsch, Verwaltungsgesetze für Preussen, 22. Auflage 1932, Bd. II, Halbb. I, S. 387, Anmerkung 7 e zu Artikel 48 und S. 384 Anmerkung 4 nebst Zitaten). Ich bin daher zu meinem lebhaften Bedauern in die für einen Beamten überaus peinliche Lage versetzt worden, nach meinem besten Wissen und Gewissen zu entscheiden, ob Ihre Anweisung oder die der Staatsminister für mich gültig ist. Gerade dies ist in dieser Frage meine verfassungsmässig beschworene Dienstpflicht.

Für eine Personalunion und für eine engere Verbindung von Reich und Preussen bin ich seit Jahren nach Kräften eingetreten. Ich halte dies nach wie vor für ein gesundes und erstrebenswertes Ziel. Ich glaube aber mit dem Herrn Reichspräsidenten und mit Ihnen, Herr Reichskanzler, darin einig zu sein, dass bei der Herbeiführung dieses Zieles die Grenzen der Reichsverfassung gewahrt werden müssen. Jedenfalls ändern diese politischen Wünsche nichts an meinen verfassungsmässigen Dienstpflichten.

Ich bin ferner Mitglied und in Vertretung des erkrankten Präsidenten Sämisch zur Zeit stellvertretender Vorsitzender des Reichsschuldenausschusses. Auch diese Geschäfte kann ich nicht übertragen, da ich zum Mitglied des Reichsschuldenausschusses vom Reichsrat bestellt worden bin."

SPD. Hamburg, 28. Juli (Eig. Drahtb.)

Auf die Wohnung des sozialdemokratischen Abgeordneten des preussischen Landtags Bugdahn-Altona, die in der Siedlung Steenkamp gelegen ist, wurde in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag ein Feuerüberfall verübt.

Um 2 3/4 Uhr wurden auf das Siedlungshaus Bugdahns mehrere Schüsse abgegeben, von denen sechs durch die mit Holzläden versehenen Fenster des Wohnzimmers und drei durch die ebenfalls gesicherten Fenster der Haustür gingen. Da die Hausbewohner in einem anderen Zimmer schliefen, wurde niemand verletzt. Durch die Schüsse, die ins Wohnzimmer gingen, wurde erheblicher Sachschaden angerichtet; Lampen, Bilder und Rundfunkanlage wurden beschädigt. Alle Schüsse wurden von der Strasse aus in Brust- und Kopfhöhe abgegeben und zwar offenbar unmittelbar von der Einfriedigung aus. Die Schüsse stammen aus einer Pistole Kaliber 7,65. Beamte der Kriminalpolizei fanden am Tatort mehrere Patronenhülsen. In der Wohnung wurden Projektile gefunden.

Nach Aussagen von Anwohnern machten sich in der Siedlung Steenkamp schon in den ersten Nachtstunden verdächtige Gestalten bemerkbar. Gegen Mitternacht wurden in der Nähe des Tatortes Nationalsozialisten in Uniform beobachtet. Gegen 2 Uhr fuhren wiederholt Radfahrer am Tatort vorbei. Zur Ausübung der Tat selbst ist dann nach Zeugenaussagen ein Kraftwagen benutzt worden. Nach ihrer "Heldentat" flüchteten die feigen Schiesshelden in dem Wagen in Richtung Osdorf. Die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen aufgenommen.

SPD. Darmstadt, 28. Juli (Eig. Drahtb.)

In der Donnerstag-Sitzung des hessischen Landtags wurde ein Naziantrag, die Reichsregierung zur Verhängung des Ausnahmezustandes und des Standrechts über das gesamte Reichsgebiet zu veranlassen, mit geringer Mehrheit der Nationalsozialisten angenommen. Der verfassungsändernde Antrag der Nationalsozialisten, wonach die hessische Verfassung einen Zusatz erhalten sollte, dass auch ein Kabinett mit einem Minister zulässig sei, wurde mit Stimmengleichheit gegen die Nazis und die Stimmen der "nationalen Einheitsliste" abgelehnt. Ebenso fiel ein Einspruch der Nazis gegen die Aussetzung der Strafverfolgung des wegen Landfriedensbruchs verurteilten kommunistischen Landtagsabgeordneten Hammann, Der kommunistische Abgeordnete Bauer wurde nachträglich für die weitere Sitzungsdauer ausgeschlossen, weil er eine allzu deutliche Anspielung auf die Beziehungen bekannter Naziführer zum § 175 machte.

SPD. Der Berliner Polizeipräsident hat durch Verfügung vom 26. Juli den "Wahren Jakob" bis zum 26. September verboten.

Vom Titelblatt der Nummer 17 des "Wahren Jakob" behauptet der von der Papen-Regierung als Polizeipräsident in Berlin eingesetzte Herr Melcher, dass es eine Beschimpfung und böswillige Verächtlichmachung des Messopfers der katholischen Kirche enthält. Die Zeichnung stellt in Form einer Monstranz eine Guillotine dar, die mit einem Hakenkreuz geschmückt ist. Der Text der Karikatur lautet: "Was mutet man dem Deutschen Volke zu? Dass es stimme für das Christentum vom Hakenkreuz, dessen Evangelium da lautet: Köpfe sollen rollen. Die Hanfindustrie soll belebt werden. Eine Nacht der langen Messer soll sein!"

Jeder, der eine Karikatur zu verstehen in der Lage ist, wird zugeben, dass hier das direkte Gegenteil einer Beschimpfung christlicher Einrichtungen und Gebräuche vorliegt. Die Karikatur stellt sich schützend vor den Begriff des reinen und lauterer Christentums und wendet sich mit Leidenschaft gegen die Blasphemien gewisser nationalsozialistischer Führer, die sich als Christen aufspielen und nichtsdestoweniger Massenmorde vorbereiten.

Die zweite beanstandete Karikatur zeigt Herrn von Papen, umgeben vom Büropersonal der eifrigen Lektüre des "Angriff" hingegeben. Ein Spruchband führt aus dem Munde heraus: "Wie muss ich mich verhalten?" Ein Parade-Porträt Hitlers prangt an der Wand, während ein Porträt Hindenburgs schamhaft hinter den Schreibtisch gestellt ist. Text: "Die Regierung Papen hat eine Anpassung an die Armut der Nation angekündigt. Die Anpassung an die geistige Armut der Nation ist bereits erfolgt." Der Berliner Polizeipräsident erblickt in dieser Karikatur eine Beschimpfung und böswillige Verächtlichmachung des Reichskanzlers. Er sei, wie es in der Begründung heisst, als ein geistig minderwertiger Mensch dargestellt, der in seinen Entscheidungen bei der Ausübung seines Amtes in sklavenhafter Abhängigkeit von der NSDAP stehe. Tatsächlich wird eine sklavenhafte Abhängigkeit des Reichskanzlers in der Karikatur nicht behauptet, sondern nur eine Abhängigkeit schlechthin. Eine solche Abhängigkeit ist, nach den Taten des Kabinetts Papen zu urteilen, ernsthaft nicht zu bestreiten.

Gegen das Verbot des "Wahren Jakob" ist inzwischen beim Reichsgericht Beschwerde eingelegt worden.

Anm.f.d.Red.: Am Sonnabend-Vormittag werden wir von 6 Uhr 45 bis 6 Uhr 55 einen Proberunk auf Welle 4026 durchführen. Ab sieben Uhr senden wir wieder planmässig auf Welle 2850. Schwierigkeiten beim Empfang der Welle 4026 bitten wir uns zum Zwecke weiterer Vorstellungen bei der Postverwaltung sofort telegrafisch mitzuteilen.

SPD. In Preussen wird weiter abgesetzt. Am Donnerstag ist die dritte Liste der "Personalveränderungen" erschienen. Sie folgt der bisherigen Praxis des Hakenpapenkreuzes: Sozialdemokraten und Republikaner haben zu gehen. Mögen es selbst Männer sein, wie Ministerialdirektor Dr. Brecht, dessen hervorragende Fähigkeiten und Verdienste allgemein die höchste Anerkennung finden, es wird eben abgesetzt. Der Regierungspräsident von Königsberg, Dr. v. Bahrenfeld muss ebenfalls gehen. Zwar zählt er zur Deutschen Volkspartei, aber in der ostpreussischen Heimat des Freiherrn von Gayl ist auch diese Partei schon eine Sünde wider das Blut. Entlassen sind ferner der Regierungsvizepräsident in Oppeln, von Basse, ein bei den Grossagrariern unbeliebter Anhänger der Bodenreform Damaschkes, der Vizepräsident von Schleswig, der Sozialdemokrat Grimpe und der sozialdemokratische Polizeipräsident von Magdeburg, Dr. Bärensprung. Er hat als ehemaliger Offizier im November 1918 den Adelstitel abgelegt und sich offen zur Republik bekannt. In den Augen derer vom Herrenklub natürlich ein Verbrechen, das Sühne fordert.

An Landräten haben für die Krippenjäger Platz zu machen: Brandt-Peine, Christians in Blumenthal, Freter-Kalau, Tauplitz in Goldberg, Jlahn in Usingen, Lufft in Gerdauen, Dr. Middelhaufe-Jlfe, Dr. Sommer-Perleberg, Curtze in Clausthal und Siering-Nauen, der ohnedies um seine Versetzung in den Ruhestand gebeten hatte. Sämtliche abgebauten Landräte sind bis auf Jlahn Sozialdemokraten. Jlahn ist vor seinem Abbau aus der SPD ausgetreten. Aber das hat ihm nichts genutzt.

Der Ersatz für die Entlassenen rekrutiert sich hauptsächlich aus deutschen nationalen Parteigängern, darunter zwei, die von der republikanischen Regierung Preussen aus politischen Gründen ihres Amtes enthoben worden waren. Das deutsche nationale und nationalsozialistische Parteibuch regiert die Stunde!!

SPD. Die Reichsregierung hat zu dem Zwischenfall Hirtsiefer-Gayl im Reichsrat eine amtliche Verlautbarung herausgeben lassen, nach der sich Minister Hirtsiefer von Herrn Gayl habe "überzeugen" lassen, dass er seine Rechtsverwahrung gegen die Papen-Aktion statt im Reichsrat ebenso gut durch einen Brief an den Reichskanzler zur Geltung bringen könne.

In Wirklichkeit hat sich das Gespräch zwischen Hirtsiefer und dem Reichsinnenminister folgendermassen abgespielt: Als Hirtsiefer von Gayl fragte, was er tun würde, wenn er entgegen seinem Protest an der Ausschuss-Sitzung des Reichsrats teilnehmen werde, hat von Gayl erwidert, dass er dann die Sitzung nicht eröffnen würde. Hirtsiefer hat darauf Vertagung der Beratungen vorgeschlagen, worauf von Gayl die Auffassung äusserte, dass eine Vertagung nicht gut möglich sei, weil zahlreiche Ländervertreter von auswärts eigens zu der Sitzung erschienen seien. Die Unterredung Hirtsiefer-Gayl war damit zu Ende. Davon, dass Hirtsiefer sich von dem Reichsinnenminister in irgend einer Form habe "überzeugen" lassen, kann keine Rede sein. Hirtsiefer setzte sich anschliessend mit einigen seiner Parteifreunden aus dem Reichsrat in Verbindung, um mit ihnen die Situation zu beraten. Sie schlugen Hirtsiefer vor, in Anbetracht der Anwesenheit zahlreicher Ländervertreter von auswärts diesmal von einer Demonstration abzusehen. Bis dahin wurde die Ausschusssitzung des Reichsrats nicht eröffnet. Als sie dann vor sich gehen konnte, hagelte es wieder Rechtsverwahrungen gegen die Papenaktion.

SPD. Bochum, 28. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Berliner Polizeipräsident Grzesinski, der am Donnerstag seinen 53. Geburtstag beging, wurde in Dortmund, Hagen, Bochum, Essen und Elberfeld von der Eisernen Front in riesigen Versammlungen stürmisch gefeiert.

In Beantwortung der Frage, warum sich die Preussen-Regierung nicht gegen ihre Absetzung gewehrt habe, erklärte Grzesinski: Die Preussische Regierung hat sich aus Verantwortlichkeitsgefühl nicht gewehrt, um die Reichstagswahlen zu sichern. Das Ziel, den Zeitpunkt und die Methode des Kampfes bestimmen wir selbst. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Uns ist die Demokratie nicht angefliegen. Wir halten nichts von der Gewalt. Aber wir werden uns zu wehren wissen, wenn es um unsere Grundrechte geht. Die Sicherung der Reichstagswahlen war wichtiger als ein vorübergehender Erfolg.

Diese Ausführungen Grzesinskis wurden mit grossem Beifall aufgenommen.

SPD. Köln, 28. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Bericht des Arbeitsamts Rheinland für die erste Julihälfte stellt fest, dass der Fremdenverkehr, der im Juli sonst auf seinem Höhepunkt stand, in diesem Jahr kaum ein Drittel davon erreicht hat. Das ist die Folge des nationalsozialistischen Terrors in den Ortschaften am Rhein und in den rheinischen Gebirgen. Angewidert von der Hakenkreuzschmiererei an Häusern, Zäunen, von den wüsten Szenen, die die braune Pest in den Wirtschaften und Hotels aufführt, von den Bedrohungen Andersgesinnter und den Schlägereien, die sich am Rhein von Königswinter bis nach Mainz immer wieder abspielen, meiden die Fremden das Rheinland.

Rheinische Zeitungen sind in der Lage, Briefe von Ausländern zu veröffentlichen, in denen sie ihren früheren Wirten schreiben, dass sie wegen der Unsicherheit in Deutschland in diesem Jahre nicht kommen werden. Ausländische Reisebüros schreiben an ihre Kunden, sie mögen ihre Reiseroute ändern und andere Länder als Deutschland besuchen. Die Fremdenindustrie, das Verkehrs-, Gastwirt- und Hotelgewerbe im Rheinland mit ihren vielen tausend Angestellten und Arbeitern leiden ausserordentlich unter der braunen Seuche der Hitler-Soldateska.

In dem Bericht des Arbeitsamts wird ferner darauf hingewiesen, dass zahlreiche Firmen über das Ausbleiben von Auslandsaufträgen klagen.

SPD. Chemnitz, 28. Juli (Eig. Drahtb.)

Am Donnerstag wurden bei ungefähr 100 Reichsbannerkameraden polizeiliche Haussuchungen nach Waffen vorgenommen. Die Polizeiaktion ist überall ergebnislos verlaufen. Trotzdem wurde der Gausekretär des Reichsbanners Franz Müller verhaftet. Gegen ihn ist Haftbefehl erlassen worden. Der Vorsitzende vom Ortsausschuss des ADGB Chemnitz, Richard Müller, wurde am Donnerstag ebenfalls verhaftet, aber in den Nachmittagsstunden wieder freigelassen.

SPD. Paris, 28. Juli (Eig. Drahtb.)

Der deutsche Botschafter von Hoesch hatte am Donnerstag-Vormittag eine fast zweistündige Unterhaltung mit Herriot. Auf deutscher Seite wird jede Auskunft über diese Unterredung abgelehnt.

Die Pariser Abendblätter erklären, es sei wahrscheinlich, dass sich die Unterredung auf die Rundfunkrede des Generals von Schleicher bezogen habe. Die nationalistische "Liberté" glaubt, dass ausserdem ein von Reichskanzler

Papen einer englischen Nachrichtenagentur gegebenes Interview Gegenstand der Besprechung gebildet habe. Die Zeitung fügt hinzu: "Deutschland wirft die Maske ab. Das Programm der Forderungen Hitlers ist seit dem militärischen Staatsstreich das Programm der Regierung geworden. Wir treten daher in eine dramatische Phase der deutsch-französischen Beziehungen ein. Wenn Herriot bis in die letzte Zeit noch einige Illusionen über den guten Willen Deutschlands gehabt hat, hat er sie ohne Zweifel heute verloren."

SPD. Chemnitz, 28. Juli (Eig. Drahtb.)

Auf dem Heimweg von Wahlversammlungen sind der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Kuhnt und der Redakteur Fiebiger schwer verunglückt.

Kuhnt und Fiebiger benutzten zur Heimfahrt nach Chemnitz einen Privatwagen. Der Wagen war in voller Fahrt als in der Nähe von Glauchau ein Reifen platzte. Der Wagen geriet ins Schleudern, schlug an einen Baum und stürzte in den Strassengraben. Während der Wagenführer mit verhältnismässig leichten Fleisch- und Schnittwunden davon kam, erlitten Kuhnt und Fiebiger äusserst bedenkliche Verletzungen. Bei Kuhnt wurde ein Beinbruch und Schädelverletzungen festgestellt, bei Fiebiger ein Schlüsselbeinbruch und ebenfalls Schädelverletzungen. Die Verunglückten wurden in das Krankenhaus Glauchau eingeliefert.

SPD. Aus einer amtlichen Mitteilung der gegenwärtigen preussischen Machthaber geht hervor, dass eine enge Verbindung zwischen der Verwaltung des Reiches und Preussens geschaffen werden soll.

Als Voraussetzung hierzu betrachten die Herren eine sogenannte preussische "Flurbereinigung". Landkreise sollen aufgehoben bzw. zusammengelegt werden. Sechzig Amtsgerichte, Dutzende von Kreiskassen, 9 Gewerbe-Aufsichtsämter, vier Bergreviere und die Eichungsdirektionen sollen verschwinden. Ihre Arbeit soll von anderen Stellen erledigt werden.

Die Regierung Braun hat bereits vor Jahren mit einer Vereinfachung der Verwaltung begonnen. Weitere Vorschläge sollten bis zum Herbst eingereicht werden. Ihre Durchführung sollte, soweit es überhaupt möglich war, im Laufe der Jahre in Angriff genommen werden. Wer die ländlichen Verhältnisse kennt, weiss, welchen Schwierigkeiten beispielsweise die Aufhebung eines Amtsgerichtes in der Bevölkerung begegnet und wieviel Beschwerden der Landbevölkerung dadurch auferlegt werden. Aus diesen Gründen wollte die Regierung Braun nur Schritt für Schritt und unter Vermeidung jeder Härte die Verwaltungsreform vornehmen.

Nunmehr soll mit einem Federstrich über all diese Bedenken und über alle Erfordernisse der Bevölkerung hinweggegangen werden. Wir verstehen es deshalb, wenn die heutigen Machthaber zögern, vor dem 31. Juli ihre Massnahmen öffentlich bekanntzugeben.

+ + +
Von der "Flurbereinigung" werden betroffen: Der Kreis Ilfeld, der der Provinz Sachsen zugeteilt wird; Schmalkalden kommt von Hessen-Nassau ebenfalls zur Provinz Sachsen, der Kreis Schaumburg zu Hannover. Das Regierungspräsidium in Stralsund wird aufgehoben und Stettin zugeteilt.

Aufgehoben werden ferner 60 Landkreise, die teilweise mit anderen zusammengelegt werden. Hiervon ist besonders die Provinz Hannover betroffen. Die Kreiseinteilung von 1866 ist aufgehoben. Zusammengelegt werden u.a. Fallingb. und Soltau mit dem Amtssitz Fallingb., Geestemünde und Lehe mit dem Amtssitz in Geestemünde, Alfeld und Gronau mit dem Amtssitz in Alfeld, Göttingen und Minden mit dem Amtssitz in Göttingen, Syke und Hoya mit dem

Amtssitz Syke, Sulingen und Nienburg mit dem Amtssitz Sulingen, Harburg und Winsen mit dem Amtssitz Harburg, Osterholz und Blumenthal mit dem Amtssitz Osterholz, Landkreis Hannover mit dem Landkreis Linden mit dem Amtssitz Hannover.

In Schleswig-Holstein werden zusammengelegt die Kreise Süd- und Nord-Dithmarschen mit dem Amtssitz in Heide sowie die Kreise Husum und Eiderstedt mit dem Amtssitz Husum. Die Insel Helgoland, die bisher selbständig verwaltet wurde, ist dem Kreis Pinneberg eingegliedert worden.

Weiter wurden eine Anzahl von Zusammenlegungen in der Provinz Schlesien verfügt und zwar Glatz und Neurode, Liegnitz und Jauer mit dem Amtssitz in Liegnitz.

Auch die Kreise Wernigerode und Halberstadt sollen vereinigt werden. Amtssitz bleibt Wernigerode.

SPD. Das Kölner Nazi-Blatt betreibt unter den Augen der Herren der "neuen Machtführung" seit Tagen eine ungeheuerliche Mordhetze gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten Sollmann. In dem Hetzorgan sind Überschriften zu lesen wie: "Der Mordhetzer Sollmann - Sollmanns blutige Saat - Der intellektuelle Mörder" usw.

Wir fragen die Herren der "neuen Ordnung" von Papen und Bracht vor aller Öffentlichkeit: Ist diese Mordhetze mit ihrer Auffassung von der "Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung" vereinbar?

SPD. Kassel, 28.Juli (Eig.Drahtb.)

Im Herbst 1930 wurden aus der Waffenmeisterei der Kasseler Schutzpolizei in der Hohenzollernstrasse 49 Mauserpistolen und mehrere Schuss Munition gestohlen. Des Diebstahls verdächtigten damals hiesige Naziführer, darunter die Abgeordneten Freisler und Weinrich Reichsbannerleute, die angeblich von der Polizei begünstigt worden sein sollten. Jetzt wurden die Waffen bei einem Kasseler SS-Mann beschlagnahmt. Der Spitzbube ist ein ehemaliger Polizeiwachmeister, der von Kassel nach Hanau strafversetzt worden war und in Hanau aus dem Polizeidienst entlassen wurde, weil er die Kantinenkasse der Polizei bestohlen hatte. Nach seiner Entlassung kehrte er nach Kassel zurück, wo er mit offenen Armen in die SS aufgenommen wurde. Da gehört dieser Spitzbube auch hin.

SPD. Paris, 28.Juli (Eig.Drahtb.)

Marineminister Leygues hat den französischen Marineattaché in Berlin beauftragt, dem Leiter der Reichsmarine das Beileid der französischen Marine zum Untergang der "Niobe" zu übermitteln.

SPD. Hamburg, 28.Juli (Eig.Drahtb.)

In Hamburg-Uhlenhorst wurden in einem Verkehrslokal der Nazis zwei Armeepistolen, ein Gewehr, Modell von 1890, drei Karabiner und verschiedene Stich- und Hieb Waffen gefunden. Die Waffen wurden beschlagnahmt. Im Zusammenhang mit den Waffenfunden wurden 20 Nationalsozialisten festgenommen.

SPD. Der "Sozialdemokratische
Presse-Dienst" schreibt :

"Die Rechtspresse setzt ihre Hetze gegen die republikanischen und sozialdemokratischen Beamten Preussens fort. Was täglich an Abbau links-stehender Beamten durch die gegenwärtigen Machthaber verfügt wird, genügt weder dem unersättlichen Rachen der Hugenberg- noch der Hitlerpresse. Allzuviel Anwärter auf die Futterkrippe harren im Hintergrund. Da sie es kaum erwarten können, wird den republikanischen Beamten zugleich der "wohlmeinende Rat" gegeben, das Feld zu räumen und den Postenjägern der Braunen Häuser freiwillig Platz zu machen.

Wir betrachten es demgegenüber als ganz selbstverständlich, dass jeder republikanische und insbesondere sozialdemokratische Beamte auf seinem Posten ausharrt und ihn unter keinen Umständen zur Freude der rechtsradikalen Stellenjäger freiwillig verlässt.

SPD. Wien, 28. Juli (Eig. Drahtb.)

Österreich steht wieder einmal unmittelbar vor einer Regierungskrise. Der Rücktritt der Regierung Dollfuss ist nur noch eine Frage von Tagen oder Stunden. Die Regierung ist nicht imstande, im Parlament eine Mehrheit für das Lausanner Protokoll, in dem Österreich der Anschluss an Deutschland für 20 Jahre verboten wird, zu finden.

Am Donnerstag-Nachmittag stellte Bundeskanzler Dollfuss im Parlament die Kabinettsfrage. Hierauf kam es zu Zusammenstößen mit den Grossdeutschen, deren Redner von den Christlich-Sozialen im Chor Schufte und Vaterlandsverräter beschimpft wurden. Die Abgeordneten des Heimatblocks, der der Regierung angehört, weigern sich, für die Regierung zu stimmen. Der Führer der Heimwehr, Starhemberg, hat deshalb die Abgeordneten, die nicht für die Regierung stimmen wollen, abberufen und erklärt, er werde sie durch andere Abgeordnete ersetzen. Die Heimwehrabgeordneten weigerten sich aber, der Aufforderung ihres Führers nachzukommen, sodass die Regierung in einem vollkommenen Auflösungszustand begriffen ist. Spätestens zu Beginn des Herbstes werden in Österreich Neuwahlen durchgeführt werden.

SPD. Braunschweig, 28. Juli (Eig. Drahtb.)

In Braunschweig wurde ein Mitglied der sozialdemokratischen Arbeiterjugend und ein Reichsbannerkamerad von Nazi-Banditen angeschossen.

Ungeheuerlich sind die Zustände auch auf dem Lande. So umstellte in Bommäsdorf bei Helmstedt eine SA-Formation das Lokal, in dem eine Kundgebung der Eisernen Front stattfand. Nachdem die Fenster eingeworfen worden waren, eröffneten die Nazibanditen ein Schnellfeuer. Vier Personen wälzten sich in ihrem Blute, auch die Frau des Wirts wurde angeschossen. Das Braunschweiger Ueberfallkommando hatte nach seinem Eintreffen nichts anderes zu tun, als die Anhänger der Eisernen Front nach Waffen zu durchsuchen, ohne natürlich welche zu finden. Die bewaffneten Nazischützen hatten sich unterdessen aus dem Staube gemacht.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Liste 3 oder Liste 1?

Ein ernstes Wort an die kommunistischen Wähler in letzter Stunde!

Der Feind steht rechts!

SPD. Von dieser Erkenntnis ausgehend, hat die Sozialdemokratie den ganzen Wahlkampf nur gegen die Regierung der Barone und ihre Nazi-Bundesgenossen geführt.

Heute, in den letzten Stunden des Wahlkampfes, wenden wir uns an die bisherigen kommunistischen Wähler, sie aufzufordern, über einen ganz einfachen und nüchternen Tatbestand nachzudenken:

Was ist euer Ziel, kommunistische Wähler?

Ihr wollt die Regierung der Nazi-Barone stürzen, das wollen auch wir.

Aber durch die Stimmabgabe für die Liste 3
erreicht ihr genau das Gegenteil von dem,
was ihr wollt: Ihr helft Papen und Schleicher,
sich im Sattel auch als Minderheitsregierung
zu halten.

W a r u m ?

Die KPD-Abgeordneten werden zwar zusammen mit den Sozialdemokraten und den übrigen Oppositionsparteien die Regierung in die Minderheit versetzen. Sie werden aber nach ihrer ganzen bisherigen Taktik die Bildung einer neuen verfassungsmässigen Linksregierung verhindern.

Das ist Papens und Schleichers grosse Hoff-
nung, das ist es, worauf die Reaktion spekuliert:

gestützt auf Hitler und Hugenberg, wollen sie auch als Minderheit weiterregieren, weil die Linke zwar über eine Mehrheit, aber Dank den Kommunisten nicht über eine aktions- und regierungsfähige Mehrheit verfügen wird.

Kommunistische Wähler!

Wir appellieren an euren politischen Verstand.

Könnst ihr die Richtigkeit dieser Feststellung bestreiten? Nein!

Dann aber ist es eure Pflicht, die Rechnung der Reaktion zu durchkreuzen,
indem ihr euch frei macht von verhängnisvollen Illusionen:

Nicht Revolutionsromantik entscheidet über euer Schicksal, über eure Freiheit
sondern politische Tatsachen gehen am 31. Juli den Ausschlag.

Deshalb nicht Liste 3; die nur scheinbar die Nazibarone stützt, praktisch aber ihre Stellung befestigt, sondern Liste 1! Wählt Sozialdemokraten!

Zwei Listen, zwei Welten.

Was sich noch immer "Arbeiter"partei nennt!

SPD. Der "Deutsche Reichsanzeiger" hat dieser Tage die Reichswahlvorschläge für die Reichstagswahlen am 31. Juli veröffentlicht. An der Spitze Liste 1 der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Zuerst sehen wir hier die drei Parteivorsitzenden Otto Wels, Arthur Crispien, Johann Vogel, in ihren ursprünglichen Berufen Tapezierer, Maler, Bildhauer. Drei Arbeiter, Männer des Volkes. Einige Frauen: Hausangestellte, Buchdruckereiarbeiterin, Lehrerin, Textilarbeiterin. Dann wieder Holzarbeiter, Maschinist, Bauarbeiter, Angestellte, untere Beamte, Transportarbeiter. Dazwischen einige Akademiker wie Breitscheid und Hilferding, die schon seit Jahrzehnten ihre Kenntnisse der Arbeiterbewegung zur Verfügung stellen.

Ganz anders die Liste 2 der Nationalsozialistischen Partei. Sie nennt sich noch immer "Arbeiter"partei. Auf dem ganzen langen Reichswahlvorschlag, der 40 Namen enthält, ist aber kein einziger Arbeiter zu entdecken. Lediglich zwei kaufmännische Angestellte, die aber schon längst Parteibeamte geworden sind, zieren diese Liste. Kein Arbeiter, umsomehr aber ehemalige Offiziere bis hinauf zum Generalleutnant, ein Freiherr, ein Graf, mehrere Adlige, höhere Beamte, Kaufleute, Gutsbesitzer und ähnliche Berufe. Die weitaus grösste Zahl der nationalsozialistischen Kandidaten hat akademische Titel und Würden.

Zwei Welten: In der Sozialdemokratischen Partei bestimmen die Arbeiter selbst über ihre Angelegenheiten. In der Nationalsozialistischen "Arbeiter"partei haben Arbeiter, Angestellte und untere Beamte nichts zu sagen. Das Kapital und seine Beauftragten übernehmen das Kommando, die Proleten aber sollen kuschen!

Goldne Worte Adolfs.

"Ich werde keineswegs nun sofort alle Notverordnungen der Regierung Brüning rückgängig machen und ich werde ebensowenig sofort verkünden, dass nun der Vertrag von Versailles zerrissen wurde. Die Notverordnungen sowohl wie der Versailler Vertrag haben Tatsachen geschaffen, die man nicht einfach dadurch ändern kann, dass man die Notverordnungen aufhebt und den Vertrag zerreisst." (Hitler am 12. März 1932 zu dem amerikanischen Journalisten Knickebocker.)

Wenn Herr Hitler auch tausendmal gelogen und betrogen hat, an jenem Vorabend der Präsidentenwahl sprach er die reine Wahrheit. Er hat Brüning stürzen helfen und Papen ans Ruder gebracht. Er toleriert Papen und Papen toleriert ihn. Für die Reichstagsauflösung und für die Aufhebung des SA-Verbotes hat dieser Hitler den Nazibaronen eine Notverordnung genehmigt, die allein jährlich 1½ Milliarde Mark aus den Knochen der Arbeitslosen, der Rentner und Kriegsbeschädigten, der Witwen und Waisen herauschindet in Form von Rentenkürzungen und Einschränkung der Erwerbslosenfürsorge auf sechs Wochen! Dazu die Belastung des Mittelstandes und aller Verbraucher durch Salzsteuer, Umsatzsteuer von den kleinsten Gewerbetreibenden und Handwerkern. Alles das hat Herr Hitler genehmigt und gebilligt. Deshalb hat ihn das Volk einen Judas getauft und seine Partei die Judaspartei. Wer sich nicht länger verraten und verkaufen lassen will, der steht bei der Eisernen Front und wählt Liste 1.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Die Hinterbliebenen.

SPD. Die furchtbar blutige Bilanz des Bürgerkriegs bietet sich in nackten Zahlen dar, als eine täglich anschwellende Verlustliste. Was steht hinter den Zahlen?

Vor einigen Tagen wurde in Wesseling bei Bonn ein Vater von drei Kindern von Nazis erschossen. Er war als völlig Unbeteiligter in die Nähe einer politischen Schlägerei geraten. Die Schwester des Erschossenen hat nach der Tat einer Freundin die folgende erschütternde Karte geschrieben:

"Liebe Frau... Das Mass des Pechs ist voll. Gestern Abend haben feige Nazimörder meinen liebsten jüngsten Bruder erschossen. Er hatte für seine Kaninchen etwas Futter gesucht und ging friedlich nach Hause als ein Auto hielt, ihm eine Kette um den Leib schwang und dann den Revolver ihm auf die Brust setzte. Ich weiss nicht mehr, was ich denken soll. Er hinterlässt eine Frau und drei kleine Kinder. Ist das nicht zum Wahnsinnigwerden? Die ganzen Bewohner stehen da, um ihn zu rächen - aber er ist tot".

Ist es noch nicht genug? Wollen sich nicht endlich alle, die noch nicht vertiert sind, gegen die Pest erheben, die Deutschland moralisch verwüstet?

Verfassungsfeinde.

Der Reichsinnenminister Freiherr von Gayl hat einem Franzosen ein Interview gegeben, in dem er die Nationalsozialisten als eine unbedingt verfassungstreue Partei bezeichnet hat. Der Freiherr von Gayl kennt, wie er dem Franzosen sagte, nur eine verfassungsfeindliche Partei in Deutschland, nämlich die Kommunisten.

Wenn der Freiherr von Gayl sich bei seinen nationalsozialistischen Freunden, auf deren Rücken er steht, genauer erkundigt hätte, so hätte er erfahren, können, dass es ausser den Kommunisten in Deutschland noch eine andere verfassungsfeindliche Partei gibt, die mit den Kommunisten identisch ist!

Man mag aber nicht glauben, dass wir damit etwa auf das nationalsozialistische Geheul gegen die Sozialdemokratie abzielen. Das wäre nicht weiter verwunderlich und nicht wert, besonders erwähnt zu werden! Die Ueberraschung für Herrn von Gayl wird viel grösser, wenn wir ihm sagen, dass es die Deutschnationalen Hugenburgs sind, die ebenso verfassungsfeindlich sind, wie die Kommunisten und dass diese Gleichsetzung von nationalsozialistischer Seite stammt!

Die um Hugenberg führen nämlich bewegte Klage darüber, dass der Gauführer der NSDAP in Pommern, Brandt, in einer Versammlung in Gross-Schwiersen ausgeführt hat, dass die Deutschnationalen und die Kommunisten für die Nationalsozialisten gleich seien und mit den schärfsten Waffen bekämpft werden müssen.

Nach Herrn von Gayl sind die Kommunisten verfassungsfeindlich. Nach dem Gauführer Brandt sind die Deutschnationalen gleich den Kommunisten. Also sind auch die Deutschnationalen Verfassungsfeinde!

Die Tatsache aber, dass Hugenberg und seinen Leuten täglich von den Nationalsozialisten ins Gesicht gespuckt wird, hindert die Deutschnationalen nicht, nach wie vor als Fusschemel für Hitler und Konsorten zu dienen.

Der Aufschrei der Intelligenz.

Die Deutschnationalen verwenden mit Vorliebe Generäle als Wahlredner. Im Rheinlande haben sie den General von Einem losgelassen. Der sprach im schönsten militärischen Jargon kurz und bündig: Das deutsche Volk sei in den letzten 12 Jahren von Idioten geführt worden und Brüning habe seiner Meinung nach in der Schule nicht einmal das Einmaleins gelernt.

Wir versagen es uns, dem General von Einem die lange Liste der Deutschnationalen und sonstigen Idioten vorzuführen, die in den letzten zwölf Jahren in deutschen Regierungen mit der Führung des Volks zu tun gehabt haben. Wir wissen auch nicht, ob diese Herren vor ihrem Amtsantritt von ehemaligen Generälen daraufhin geprüft worden sind, ob sie das kleine Einmaleins beherrschen. Aber eins wissen wir nun: das deutsche Volk besteht aus Idioten, soweit Intelligenz vorhanden ist, ist sie nur bei Generälen aus der alten Schule, speziell bei Herrn von Einem zu finden. Deswegen haben wir ja bekanntlich auch den Weltkrieg - verloren!

Der Aufschrei der Generalsintelligenz aber soll nicht untergehen. Er passt so ausgezeichnet zu gewissen Dingen, die wir in den letzten Tagen erlebt haben!

Gefährliche Betrüger!

Die Nationalsozialisten haben die unter der Agrarkrise leidenden Bauern systematisch in gefährliche Experimente hineingestossen. Sie haben sie zur Steuerverweigerung und zu gewaltsamen Widerstand bei Zwangsversteigerungen angereizt. Dort wo die Nationalsozialisten in den Ländern zur Regierung gekommen sind, haben sie den Bauern bald klar gemacht, was nationalsozialistische Herrschaft bedeutet. Der Ministerpräsident von Oldenburg, der Nationalsozialist Röver vor seinem Amtsantritt nach seinen eigenen Worten der grösste Hetzer in Oldenburg, betätigt sich jetzt als Steuereintreiber gegen die Bauern.

Der Betrug aber geht weiter. Im Krisen Saatzig in Pommern gehen die Nationalsozialisten bei den Bauern umher und raten ihnen Schulden zu machen. Das sei ein glänzendes Geschäft, sie bekämen jetzt Geld und im Dritten Reich würden die Schulden gestrichen. In einzelnen Dörfern haben nationalsozialistische Agitatoren den Bauern zugeredet, Geld gegen Wechsel aufzunehmen, weil im Dritten Reich keine Wechsel mehr eingelöst zu werden brauchen.

Die dummen Bauern, die auf diese Betrüger hereinfallen, würden nicht wenig staunen, wenn sie die Betrüger im Dritten Reich als Gerichtsvollzieher wiedersehen würden, die ihnen mit Hohnlachen über die Bauerndummheit Haus und Hof abpfänden würden!

Ein Nazi-Jurist.

Ein Naziheld in Königsberg stellte seiner noch nicht sechzehnjährigen Hausangestellten so nach, dass das Mädchen den Dienst verliess und vor dem Arbeitsgericht gegen den Hitlerhelden klagte. Als Vertreter des Beklagten erschien vor Gericht - ein sich Jurist nennender Vertreter der NSDAP. Was die Nazijuristen doch alles parteiamtlich zu vertreten haben!

Aus aller Welt

Schmugglerkomödie.

Piraten im Mittelmeer - Geheimnisvolle Entführung auf der "San José".

SPD. Madrid, Ende Juli (Fig. Ber.)

Palma de Mallorca ist seit jeher das gesegnete Land der Schmuggler gewesen. Während des Krieges wurde hier ohne Gesinnungsskrupel von den gleichen Schmugglern an Frankreich und Deutschland gleiche Ware, vor allem Munition, geliefert. Als der Krieg ein Ende nahm, konnte der Schmuggel natürlich nicht auch plötzlich sein Ende finden, schliesslich war man auf den Geschmack gekommen. So verlegte man sich jetzt auf Seiden- und Tabakschmuggel.

Der grösste Kontrebandist Mallorcas war der vielberühmte Senor Juan March, heute der reichste Mann Spaniens, dem im Augenblick wegen Vergehen am Volksgut von der neuen Regierung der Prozess gemacht wird. March hatte den Schmuggel so gut organisiert, dass das staatliche Tabaksmonopol an ihn übertragen werden musste, um seine Konkurrenz ausschalten... Und nun hat er in Francesco Grau, seinen Sohn Mallorcas, den würdigen Nachfolger gefunden.

Grau, der vorsichtshalber Frankreich zum Wohnsitz erkor, hat das Wirken seines grossen Vorgängers bis ins Letzte studiert, er arbeitet genau in der gleichen Weise. Er besitzt eine Anzahl Schiffe, schnelle und sehr seefeste Kutter, die aus seiner in Oran gelegenen Zigarrenfabrik, wo die steuerfreie Kontrebande zu billigsten Preisen herzustellen ist, die Ware nach Spanien transportieren. Graus Hauptschiff, der "Lighter", eine grosse, sehr schnelle Faluke, die meist unter englischer Flagge fährt, versieht den Dienst zwischen Oran und Gibraltar. Hier in Gibraltar besuchen den "Lighter" die kleineren Kutter "San José", "Carmencita" und "San Isidro"; sie nehmen die Ware ausserhalb der englischen Freigrenze an Bord. Sie pendeln zwischen Gibraltar und den Balearen, dort wieder übernehmen in düsteren Sturmnächten die balearischen Schmuggler, meist Fischer, den Tabak, um ihn an Land zu bringen.

Vor einigen Tagen sichtete nun einige Sonntagsausflügler, unter denen der Chef des balearischen Tabakmonopols war, von ihrem Motorboot aus in einer Bucht, nah von Palma den "San José". Da zwischen dem Monopol und den Schmugglern stärkste Konkurrenz herrscht, geriet der Herr Monopolchef in begreifliche Aufregung und versuchte den Kapitän des Schmuggelschiffs zu stellen. Er fuhr mit dem Motorboot dicht an die Barke heran und erkundigte sich sehr amtlich, ob die Schiffspapiere vollständig in Ordnung seien. Der Kapitän lud den Fragesteller ein, sich an Bord des "San José" zu begeben, um sich persönlich davon zu überzeugen, dass alles seine Richtigkeit habe. Kaum aber hatte der Chef des Monopols das Deck betreten, da setzte sich "San José" in Bewegung und entführte, ohne leiseste Rücksicht auf das Motorboot zu nehmen, den sicherlich recht erstaunten Herrn. Das Motorboot hätte auch beim besten Willen die Verfolgung nicht aufnehmen können, der "San José" war ihm an Schnelligkeit weit überlegen. "San José" aber hisste wie zum Hohn die englische Flagge und verschwand gen Nord-Ost...

Was aus dem Entführten geworden ist, ob er von den Piraten irgendwo auf einer einsamen Insel abgesetzt wurde oder in ihre Dienst übergetreten ist - man weiss es nicht. Aber man hat eine Deutung: Herr Grau, der Urheber der kommenden Verwicklungen, hat sich, getreu nach dem Vorbild des Juan March, von Frankreich aus um das staatliche spanische Tabakmonopol bemüht. Bisher ist sein Wunsch nicht erfüllt worden. Vielleicht hat er den Herrn Monopolchef aus Mallorca als Geisel mitgenommen.

Iwo.

Die Berliner Bahn-Katastrophe. Nach den bisherigen Feststellungen über die Schuldfrage bei dem schweren Eisenbahnunglück in Berlin-Gesundbrunnen, bei dem zwei Personen getötet und 50 verletzt wurden, hat der Führer der Tender-Lokomotive ein Haltesignal überfahren. So kam es, dass die Lokomotive an einer dem Haltesignal folgenden Weiche dem Personenzug Stralsund-Berlin (Stettiner Bahnhof) in die Flanke fuhr. Der verantwortliche Lokomotivführer Erich Kupke, der im Jahre 1917 seine Lokomotivführer-Prüfung machte und bisher als zuverlässiger Beamter galt, konnte noch nicht vernommen werden. Unmittelbar nach der Katastrophe war Kupke vollkommen verstört davongelaufen. Zu Hause machte er einen Selbstmordversuch. Nach seiner Verhaftung erlitt er heftige Tobsuchtsanfälle und musste schliesslich in eine Isolierzelle der Nervenabteilung der Berliner Charité gebracht werden. Es ist nach ärztlicher Meinung möglich, dass Kupke infolge des Unglücksfalls im schwersten Grade irrsinnig geworden ist.

Die Reichsbahnverwaltung stellt weiter fest, dass eine Uebermüdung des schuldigen Lokomotivführers nicht vorgelegen haben könne; als sich das Unglück ereignete, sei Kupke nach 10¹/₂stündiger Ruhe ungefähr 4¹/₂ Stunden im Dienst gewesen. Hingegen wird von anderer Seite auf die allgemeine Unübersichtlichkeit, den Gleismangel und die dadurch bedingten schwierigen Einfahrtverhältnisse auf dem Stettiner Bahnhof in Berlin aufmerksam gemacht.

Groenhoffs Begräbnis. Am Donnerstag wurde in Frankfurt a. Main der abgestürzte Segelflieger Günther Groenhoff bestattet. Tausende gaben ihm das Geleit. Ein Geschwader der Lufthansa kreiste über dem Friedhof und warf Blumen ab.

Vor der Olympiade. Am Sonnabend-Nachmittag zwei Uhr beginnen im Riesenstadion in Los Angeles die Olympischen Spiele 1932. Etwa 1 700 Olympia-Kämpfer, unter ihnen 85 Deutsche, werden im Festmarsch mit ihren Landesflaggen in das grosse Stadion-Oval einziehen und den Olympischen Eid ablegen.

Unter den 85 deutschen aktiven Kämpfern sind 21 Leichtathleten, 18 Ruderer, 10 Wasserballspieler, ferner Boxer, Ringer, Gewichtheber, Radfahrer, Fünfkämpfer, Schwimmer, Fechter und Segler. Unter den genannten deutschen Leichtathleten treten Arthur Jonath-Bochum, Hellmuth Körnig-Berlin, Ernst Geerling-Frankfurt a. M., Dr. Otto Peltzer-Stettin, Büchner-Leipzig, Syring-Wittenberg, Emil Hirschfeld-Wunstorf, Hans Sievert-Eomsbüttel, Grete Heublein-Wuppertal, Ellen Braumüller-Frankfurt a. M. an. Von den Schwimmern sind u. a. Ernst Küppers-Bremen, Erich Rademacher-Magdeburg und Olga Jordan-Nürnberg zu nennen. Die Ruderer sind u. a. mit Herbert Buhtz-Berlin und Gerhard Boetzelen-Berlin vertreten, die Boxer mit Spannagel-Barmen, Ziglarski-München, Bernlöhr-Stuttgart, Berger-Duisburg und Kohlhaas-Münster. Als Damen-Florettfechterin tritt Helene Meyer-Offenbach in den Ring.

Das Programm der zehnten Olympiade wird ihre Zuschauer über 16 Tage und Nächte in Aufmerksamkeit halten. Stadions, Hallen und Rennstrecken werden einen erbitterten Wettbewerb sehen. Der Hauptkampfplatz, das eigentliche olympische Stadion, bietet für 105 000 Personen Platz. Dicht daneben liegt das 50 Meter lange, 20 Meter breite und bis zu fünf Meter tiefe Schwimmstadion, das für 10 000 Personen Sitzgelegenheit bietet. Ebenso viel Zuschauer haben im olympischen Auditorium für die Wettkämpfe im Boxen und Gewichtheben Platz. 90 000 Menschen hofft man bei den Bahn-Radrennen auf der neugebauten Holzbahn im Rosebowl-Stadion in Pasadena zu sehen; die geplanten Rennen sollen des nachts vor sich gehen. Ausserdem findet auf einer 6 214 Meilen langen Strecke ein Radfahrstrassenrennen statt. Für die Segelregatten ist der Hafen von Los Angeles Long Beach ausgewählt, für die Ruderkämpfe Long Beach Marine-Stadion. Trainiert wurde u. a. auf 16 Schulsportplätzen.

Natürlich erhoffen die Amerikaner von der Olympiade auch grosse wirt=

Generalabrechnung.

Der Volkssturm muss die Hitlerbarone am Sonntag hinwegfegen.

SPD. Die Hitlerbarone haben erst einige Wochen regiert und das deutsche Volk hat bereits einen gründlichen Vorgeschmack vom berühmten Dritten Reich Hitlers bekommen. Man macht sich bereits im deutschen Volke den richtigen Vers, wie es im Dritten Reich aussehen wird. Freiheit und Brot, Krisenende und Wirtschaftsbesserung hat man dem Volke versprochen. Was ist bisher von den Versprechungen der "Nationalen Opposition" verwirklicht worden? Nichts. Staatdessen wurden die Lasten, die die Massen bedrücken, gesteigert.

Da ist mal zunächst Lausanne. Einmal wurde dem Volke erzählt, die "nationale Opposition" würde keinen Pfennig an Reparationen bezahlen. Die Regierung Brüning war fest entschlossen, in Lausanne jede Reparationszahlung zu verweigern, und hätte auch ohne Zweifel ihre Absicht durchgesetzt. Die von den Nazis gestützte Papenregierung hat sich dagegen für eine lange Reihe von Jahren auf neue Reparationszahlungen festgelegt. Diese Reparationszahlungen werden im günstigsten Falle, wenn sämtliche von Deutschland zu gebenden Obligationen untergebracht werden können, jährlich 400 Millionen Mark betragen und im ungünstigsten Falle, wenn die Obligationen nicht unterzubringen sind, immerhin 200 Millionen Mark. Das ist eine ungeheure Belastung. Wenn wir die Regierung der Hitlerbarone nicht erlebt hätten, hätte Deutschland diese Belastung vermieden.

Was hat die Regierung der Hitlerbarone dem deutschen Volke sonst noch versprochen?

Für die Arbeitslosen, die Invaliden und Altersrentner, die Kriegsopfer, kurz die Aermsten der Armen, hat sie einen Unterstützungsabbau von unerhörter Brutalität gebracht. Die Unterstützungskürzungen gehen stellenweise so weit, dass selbst die zwangsweise um 15 % gesenkten Wohlfahrtssätze der Gemeinden noch unterschritten werden und die Gemeinden trotz ihrer Finanznot mit Zusatzunterstützungen aushelfen müssen.

Den Aermsten der Armen hat die Hitlerregierung bitterste Not ins Haus gebracht.

Sämtlichen Arbeitnehmern hat sie eine einseitige Sondersteuer, die Beschäftigtensteuer, auferlegt. Das ist der Gipfelpunkt sozialer Ungerechtigkeit. Dazu kommt ein von der Regierung Papen verfügt Einziehungsverfahren, wodurch sich die Beschäftigtensteuer verdoppelt und verdreifacht.

Der ganzen Bevölkerung wurde die Salzsteuer auferlegt, die sogenannte Kolonialsteuer, die die Engländer nur in Negerkolonien erheben. Sie ist die sozial ungerechteste aller Steuern.

Die Zölle für Speck und Schmalz sind erhöht worden. Der Export deutscher Waren nach dem Ausland wird weiter gehemmt, wodurch abermals hunderttausende von Arbeitern Brot und Verdienst verlieren. Der gegenwärtige Reichsernährungsminister Baron von Braun spielt mit dem Gedanken, eine Margarinesteuer einzuführen, wodurch das Pfund Margarine auf einen Preis von mindestens 1 Mark gesteigert wird. Auch andere Zollerhöhungen auf lebenswichtige Waren sind in Vorbereitung.

Dagegen sind Besitz und Grosseinkommen steuerlich entlastet worden. Den

Grossunternehmungen in Deutschland, dem Konzern- und Trustkapitalismus machte man ein Geschenk von 100 Millionen Mark, indem man die Industrieabgaben um die Hälfte senkte. Eine weitere Reihe von Grossunternehmungen hat neue Subventionen erhalten, so die zinkerzeugende Industrie und die Treibstoffindustrie, also der mächtige Farbentrust und die Kohlenbarone.

Andererseits hat man, den kleinen Geschäftsmann die Umsätze bis zu 5 000 Mark versteuert.

Wie sieht es dagegen mit der Arbeitsbeschaffung aus?

Das von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie vorbereitete Arbeitsbeschaffungsprogramm hat die Regierung der Hitlerbarone zerrissen und in den Papierkorb geworfen. Sie versichert allerdings immer wieder, dass die Arbeitsbeschaffung ihre vordringlichste Aufgabe sei. Bisjetzt liegt aber nur das Versprechen vor, die geringe Summe von 110 Millionen Mark im Laufe eines ganzen Jahres auf dem Kreditwege für Notstandsarbeiten flüssig zu machen. Das ist überhaupt keine Arbeitsbeschaffung. Das ist ein Hohn auf das Versprechen, eine grössere Zahl von Arbeitslosen wieder in Arbeit und Brot zu bringen.

Dagegen hat man Millionen übrig für den freiwilligen Arbeitsdienst, in dem auch Nichtarbeitslose, z.B. Studenten und Landwirtssöhne untergebracht werden sollen.

Das ist die Bilanz der Regierung der Hitlerbarone. So sieht die Vorstufe zum Dritten Reich aus.

Auf den Strassen sagen wohl Nazis, die Papenregierung sei nicht ihre Regierung. Aber es steht fest, dass Hitler die Papenregierung stützt. Ohne Hitler kein Papen!

Am Sonntag ist Generalabrechnung. Der Volkssturm muss die Regierung der Hitlerbarone hinwegfegen. Hinwegfegen den Lug und Betrug der ganzen Hitlerbewegung.

Der kommende Sonntag muss den Weg freimachen für einen wirklichen Wirtschaftsaufbau, für die steuerliche Entlastung der breiten Massen, für die Überwindung der Wirtschaftskrise und die wirkliche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Der kommende Sonntag muss Ehrentag der sozialen Demokratie werden. Darum gehört jede Stimme am Sonntag der Liste 1, Sozialdemokraten.

SPD. Die Agrarpolitik der Nazibarone besteht darin, dass man für die Grossgrundbesitzer die Getreidepreise in die Höhe treibt; die Bauernschaft wird aber mit leeren Versprechungen abgefunden. Der kleine Bauer ist dabei zweifach von der Agrarkrise getroffen, Während die Viehpreise beispiellos abgestürzt sind, muss er hohe Getreide- und Futtermittelpreise zahlen.

Unter diesen Verhältnissen haben besonders die Kleinbauern in den Gebirgsgegenden zu leiden. Infolge der klimatischen Voraussetzungen sind diese Kleinbauern ausschliesslich auf die Viehzucht angewiesen. Um das Vieh schlachtreif zu bekommen, müssen sie teure Futtermittel kaufen. Aber auch Brotgetreide bauen sie nicht, sodass sie gezwungen sind, teures Getreide bzw. teures Mehl zuzukaufen. Dass es diesen Bauern sehr schlecht geht, kann man als wahr unterstellen.

Nun hat der gegenwärtige Reichsernährungsminister, Baron von Braun, so etwas wie ein Einsehen gehabt. Er hat verfügt, dass den Bauern in den Gebirgsgegenden 5 000 Tonnen verbilligter Roggen zur Verfügung gestellt werden soll. Dagegen wird kein Mensch etwas einzuwenden haben. Aber wir fragen uns, ist damit diesen Leuten wirklich geholfen? Diese 5 000 Tonnen Roggen sind doch nur ein Tropfen auf den heissen Stein und werden keine wirkliche Hilfe bringen können.

Wirkliche Hilfe wird diesen Bauern nur gebracht, wenn man systematisch

an den Abbau der überhöhten Getreide- und Futtermittelpreise geht.

Das ist die Losung der Sozialdemokratischen Partei. Der Bauer tut deshalb gut, am Sonntag Sozialdemokraten, Liste 1 zu wählen.

SPD. Der Einheitsverband der Handel- und Gewerbetreibenden und freien Berufe Sitz Leipzig übermittelt uns einen Aufruf, in dem er Handel und Gewerbe auffordert, am kommenden Sonntag die Liste der Sozialdemokraten zu wählen.

Dazu gibt der Einheitsverband folgende Begründung:

Die Nationalsozialistische Partei, die so sehr gegen das "System" der Notverordnungen gewettert hat, findet kein Wort des Entsetzens über die Notverordnung der Regierung von Papen, die die Kaufkraft der Konsumenten durch Kürzung der Unterstützungen für Arbeitslose, Kleinrentner und Invaliden, durch Einführung einer Beschäftigtensteuer, Einführung der Salzsteuer und durch Fortfall der Umsatzsteuerfreigrenze für die Umsätze unter 5 000 Mark weiter verschlechtert, die Not und das Elend der Handwerker und der Kaufleute ins Unerträgliche steigern muss.

Die Nationalsozialistische Partei, die sich vor Antritt der von ihr tolerierten Papenregierung nicht genug über hohe Gehälter und Pensionen von Ministern und Staatsbeamten ereifern konnte, ist jetzt verstummt. Nach dem Umschwung der Dinge im Reich erwähnt sie diese Sachen mit keinem Wort mehr.

Die Nationalsozialistische Partei, die immer wieder erklärt hat, sie werde keine Tribute an die Siegermächte zahlen, stützt die Regierung von Papen, die den Siegermächten die Zahlung von Reparationen in Höhe von 3 Milliarden Mark zugestanden hat, obwohl die Regierung Brüning denselben Siegermächten kurz vorher eindeutig die deutsche Zahlungsunfähigkeit erklärte.

Die Nationalsozialistische Partei hat die Warenhäuser und Konsumvereine als Totengräber des Mittelstandes bezeichnet und die Beseitigung dieser Institute im Dritten Reich versprochen. Die Nationalsozialistische Partei hat aber selbst Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften, eigene Konsume und Magazine, eigene Produktionsbetriebe gegründet. Ausrüstungen für die SA und SS, wichtige Bedarfsartikel z.B. die bekannte Sturmzigarette, Lebensmittel und Konserven, Schuhzeug und Krawatten und vieles andere mehr wird in nationalsozialistischen Grossproduktionsbetrieben hergestellt und durch nationalsozialistische Magazine, Grosshandelsgesellschaften, nichts anderes als Konsume und Warenhäuser, unter völliger Ausschaltung des Kleinhandels, vertrieben. Das Paradien und Exerzieren in nagelneuen Uniformen liegt Hitler und seinem Stab viel näher als das Wohl und Wege des Mittelstandes.

Die ganze Linie, auf der sich die Hitlerpartei und die politischen Dinge in Deutschland während der letzten Wochen entwickeln, haben den "kleinen Mann" gezeigt, welche Gefahr es für ihn bedeutet, wenn unsere Wirtschaft Spielball wahnwitziger Projekte und Experimente wird. Der "kleine Mann" braucht Ruhe und Sicherheit. Der kleine Mann braucht kaufkräftige Massen. Dann kann auch er existieren. Die Machtgelüste abgetakelter Barone und Generale, der Ehrgeiz eitler Agitatoren interessiert ihn nicht und schadet ihm nur.

Deshalb verbündet sich der kleine Mann am kommenden Sonntag mit der organisierten Arbeiterschaft in der Erkenntnis, dass es ihm nur gutgehen kann, wenn es dem Arbeiter gut geht. Konsumentennot ist des Mittelstandes Tod. Am 31. Juli wird der Mittelstand Zeugnis von seiner Verbundenheit mit den Verbraucherschichten ablegen. Er stimmt für Freiheit, Frieden und Brot. Er wird dazu beitragen, den Sieg für die Liste 1 zu erringen.

Gute Qualität des neuen Weizens.

(Berliner Getreidebörse vom 28. Juli)

SPD. An der Berliner Produktenbörse blieb am Donnerstag die Stimmung im allgemeinen ruhig. Das Hauptinteresse richtete sich auf neuen Weizen, von dem vereinzelte Proben auf den Markt kamen. Sie fanden im allgemeinen wegen ihrer vorzüglichen Qualität glatte Aufnahme. Auch in altem Weizen lag ausreichendes Material vor, jedoch hielt sich die Nachfrage in Grenzen. Am Markte der Zeitgeschäfte zeigten sich in den Notierungen wenig Veränderungen. In Roggen fand neues promptes Material nicht die gleiche Beachtung wie wenige Tage zuvor. Roggen zur Herbstlieferung hatte knappes Angebot, jedoch war die Nachfrage nicht sehr rege. Die Notierungen im Zeithandel waren zum Schluss leicht erhöht. Auch im Mehlhandel herrschte nur wenig Nachfrage nach beiden Sorten. Die Forderungen waren eher entgegenkommend.

	<u>27.7.</u>	<u>28.7.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	-	219 - 221
Roggen	162 - 164	159 - 162
Futter- und Industrieroggen	159 - 171	159 - 171
Hafer	164 - 169	164 - 169
Weizenmehl	28,75 - 33,50	28,75 - 33,50
Roggenmehl	24,75 - 27,00	24,50 - 26,75
Weizenkleie	11,60 - 11,90	11,60 - 11,90
Roggenkleie	10,25 - 10,60	10,25 - 10,60

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 263 (Vortag 263), September 226½ - 227 Geld (226½) Oktober 226½ - 227 Geld (227), Dezember 227 bis 227½ Geld (227) Roggen Juli - (184), Dezember 173½ - 173¾ (173½), Oktober 173¾ - 174 (173¾) Dezember 176½ - 177 (176¾) Hafer Juli 174 (175).

SPD. Das Spiel, das die Nazis mit der Schlachtsteuer treiben, entlarvt sich jetzt. So sind die Nazis in Oldenburg bereit, die Schlachtsteuer einzuführen. Sie beschreiten damit einen Weg, den die deutschnational-nationalistische Regierung in Mecklenburg schon vor Wochen gegangen ist. Das Treiben der Nazis gerade in Oldenburg, das eine wichtige Fleischwarenindustrie hat, kennzeichnet auch den Brief des preussischen Landtagspräsidenten Kerndl an den Reichskanzler von Papen, in dem für die Nationalsozialisten die Aufhebung der preussischen Schlachtsteuer verlangt wird, vollends als Wahltrick.

Im übrigen hat es den Anschein, als ob man in Preussen die Schlachtsteuer, die unter der alten preussischen Regierung nur als vorübergehende Massnahme gedacht war, verewigen wolle. Der von den Nazis gestützte Reichskanzler von Papen denkt nicht daran, die Schlachtsteuer in Preussen aufzuheben, obwohl er die finanziellen Mittel dazu hat, die der alten preussischen Regierung leider nicht zur Verfügung standen.

Unterdessen mehrt sich der Widerstand gegen die preussische Schlachtsteuer im Lande. Die Bauernorganisationen in Schleswig-Holstein und Westfalen verlangen in dringenden Telegrammen, die sofortige Aufhebung der Schlachtsteuer. Man kann diese Forderung nur unterstützen. Aber die Bauern werden bei den Nazis und den Papenheimern kein Glück haben. Dafür sind sie ja nur Bauern. Wenn sie Rittergutsbesitzer und Barone wären, würden ihre Telegramme schon mehr Erfolg haben.

Gewerkschaftliche Rundschau ✖

Wollt ihr die Peitsche?

SPD. Hitler hat sich im Wahlkampf bereits in verschiedenen Städten bei den Arbeitern für ihren Willkommgrus mit Peitschenhieben bedankt, die er durch seine SA-Helden verabreichen liess. Peitschenhiebe für die Arbeiter - daran ist nichts Verwunderliches. Wenn bei den Wahlen Hitler den Erfolg erzielt, den er erhofft, dann wird noch mancher in Deutschland, der noch nicht erwacht ist, mit der Peitsche daran erinnert werden, wieviel es geschlagen hat.

Hitlers Politik war von jeher nur gedacht als Politik der Peitsche. Mit der Peitsche will er Deutschland erneuern; denn er weiss nur zu gut, dass seine Politik für die breiten Massen alles andere als ein Honiglecken sein wird. Der Honig der schönen Versprechungen, mit denen die Hitlerlügner die Dummen eingefangen haben, wird in dem Augenblick, wo Hitler in der praktischen Politik arbe bekennen muss, einen verdammt bitteren Geschmack bekommen. Hart, brutal und grausam - natürlich nur für die werktätige Bevölkerung - wird es bei Hitlers "Erneuerung" zugehen. Nur ein Narr hat das noch nicht erkannt.

Schon jetzt, wo Hitler in der Regierung der Barone ein Wort mitzusprechen hat, wird von seinen Trabanten im Wahlkampf verdächtig und auffällig viel vom Leidensweg des deutschen Volkes gesprochen. Das kommt nicht von ungefähr. Die Herrschaften bauen vor. Sie haben Angst vor dem Wutschrei der Enttäuschten. Die Phantasten im Hitlerlager beruhigen sich einstweilen mit der frommen Vorstellung, ein nationalsozialistischer Staat werde die volle Kraft, Opferwilligkeit und Geduld des deutschen Volkes für seine Aufgaben gewinnen; denn - so sagt z.B. Erich Günther, einer der literarischen Nazi-grössen - "das deutsche Volk will ja eine Regierung, die in der Stunde der Not, der Mühsal und Gefahr, durch die wir hindurch müssen, mit dem Volke eins werden kann, weil sie aus seinem Geist hervorgegangen ist". Die Realpolitiker, die im Hintergrunde die Hitlerbewegung dirigieren, wissen, dass sie nur mit der Peitsche weiterkommen können. Was sie im Kopf haben, können sie in Deutschland nur mit der Peitsche verwirklichen.

Die "Erneuerer" haben allerhand im Kopf. Das zeigt ihr Hass gegen die Gewerkschaften. Die Gewerkschaften sollen vernichtet werden, damit eine Politik - noch toller als sie Mussolini in Italien bis jetzt getrieben hat - in Deutschland gegen die Arbeiter durchgeführt werden kann. Man will mit dem deutschen Volke Experimente machen, halbschacherische Experimente. Dieselben Herrschaften, die nicht genug die Sowjet-Politik als eine Politik des Satans hinstellen können - dieselben Herrschaften wollen ebenso wie die Machthaber in Russland mit einem lebendigen Volk Experimente auf Leben und Tod durchführen. Innenpolitisch, sozialpolitisch und auch aussenpolitisch soll gegen und auf Kosten der Arbeiterschaft experimentiert werden. Deshalb das fortwährende Gerede vom Leidensweg des Volkes in eine bessere Zukunft.

Eins ist jedenfalls sicher: der wirtschafts- und sozialpolitische Neubau, wie er der Hitlerei vorschwebt, wäre nur mit der Peitsche durchzuführen. Das ganze Sozial- und Wirtschaftsprogramm der Hitlerei - soweit man von einem Programm überhaupt sprechen kann - ist ja nur aufgebaut auf dem Glauben an die Gewalt. Nur Gewaltanbeter können sich wie Hitler für die Arbeitsdienstpflicht begeistern. Mit dem Prügel und Knüttel soll die soziale Frage

gelöst werden, und die "gleiche Doktrin" in den grossen Fragen, von der nach der Auffassung des Reichsinnenministers von Gayl das kommende Kabinett erfüllt sein müsse, wird für die breiten Massen nur eine bittere Medizin sein, und es gibt auch Medizin, die nicht hilft. Die Härten der bisherigen Notverordnung sollen - so verspricht die Regierung der Barone - gemildert werden, wenn die Aufstellung eines einheitlichen Finanz- und Wirtschaftsplanes erfolge. Der sozialpolitische Umbau, der ins Auge gefasst ist, kann aber nur dann ohne neue und noch schlimmere Härten für die Arbeitnehmer vor sich gehen, wenn er in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften durchgeführt wird. Von einer solchen Zusammenarbeit könnte aber bei einem neuen Kabinett der Barone, in dem Hitler einen noch stärkeren Einfluss hätte als bisher, erst recht keine Rede sein; denn das ist ja das Unglück, dass der Hitlerismus in Deutschland noch schlimmer ist als der Faschismus in Italien. Der deutsche Faschismus ist von allem Anfang an nichts anderes gewesen als ein stupid-brutaler Landsknecht der Schamacher. Was betörten Massen als Messias erschien, entpuppte, wenn es sich um Taten handelte, stets als Büttel der Ausbeuter.

Die Hitlerpropheten sprechen jetzt, wo es ernst wird, von Not und Gefahren, durch die das Volk auf einem neuen Leidensweg wandern müsse. Opfer, immer wieder Opfer werden von dem Volk gefordert, aber gerade die, die am meisten bluten sollen, die Massen der organisierten Arbeiter, sollen nicht mitsprechen dürfen. Sie dürfen nur durchhalten und Maul halten - wie während des Krieges.

Das Volk ist gewarnt. Jeder liegt so, wie er sich bettet, und die Heue ist eine faule Sau; die kommt immer hinten nach. Rechtzeitig der drohenden Gefahr neuer Sklaverei vorbeugen - das ist das Gebot der Stunde. Wer die Peitsche will, mag Hitler wählen. Wer ein freies Deutschland will, wählt Liste 1.

SPD. Wie die Arbeitslosen, so ist auch die Kurzarbeiterunterstützung in Frankreich besser als in Deutschland. Bedingung für die Gewährung der Kurzarbeiterunterstützung ist, dass die Empfänger weniger als 4 Tage, bzw. 32 Stunden arbeiten. Da die Unterstützung für jeden arbeitslosen Tag 8 Francs und die Zulage für jeden Angehörigen 3 Francs beträgt, ergeben sich folgende Wochensätze: bei Ausfall von 3 Arbeitstagen erhält ein alleinstehender Kurzarbeiter 4 Mark, ein Kurzarbeiter mit einem Angehörigen 6 Mark, bei zwei Angehörigen 8 Mark, bei drei Angehörigen 10 Mark, bei vier 12 Mark und bei fünf Angehörigen 14 Mark. Bei Ausfall von 4 Arbeitstagen lauten die entsprechenden Sätze: 5,35 Mark, 8 Mark, 10,70, 13,35 Mark, 16 Mark und 16,65 Mark; bei Ausfall von 5 Arbeitstagen: 6,65 Mark, 10 Mark, 13,30 Mark, 16,65 Mark, 16,65 Mark und 16,65 Mark (Höchstsatz).-

Der deutsche Unterstützungshöchstsatz beträgt bei drei Ausfalltagen bei einem Kurzarbeiter ohne zuschlagsberechtigte Angehörige 2,50 Mark (Mittelsatz 1,50), bei einem Angehörigen 3,30 (2,30), bei zwei 4,10 (3,00), bei drei 5 (3,70), bei vier 6,- (4,50); bei vier Ausfalltagen beträgt der Mittelsatz in der gleichen Reihenfolge 3,50, 4,60, 6,- 7,40 und 9,00, bei fünf Ausfalltagen: 5,-, 7,-, 9,-, 11,- und 13,50 Mark.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S . P . D

Nr. 57.

Berlin, den 28. Juli 1932.

Erziehungsideal: parieren?^x

SPD. Tante Gretel kommt zu Besuch. Herzlich wird sie von ihrer verheirateten Schwester empfangen, und ehe sie noch recht den Mantel abgelegt hat, bringt man ihr Lottchen, das blondlockige zweijährige Nichtchen, heran. "So, Lotte, jetzt sag' mal Tante Gretel schön "Guten Tag"!" Lottchen "gehört" nicht. Sie geht einige Schritte rückwärts und schaut dann hinter einer Stuhllehne hervor die fremde Tante neugierig an. Aber ihre Mutter lässt ihr für dieses stille Kennenlernen keine Zeit: "Gleich kommst du her und gibst der Tante ein Händchen!" Über das Kindergesicht fliegt ein Schatten von Trotz. "Ich werd' dir gleich helfen!" Mit diesen schon drohend gesprochenen Worten zieht die Mutter das Kind hinter dem Stuhle hervor, und schliesslich kommt es zwischen Lottchen und Tante Gretel zu einer formellen Begrüssung. Das Kind "gibt Händchen", aber die Mutter will zeigen, dass ihr zweijähriger Sprössling auch schon knixen kann. Also wird kommandiert: "So, jetzt mach noch einen schönen Knix!" Lottchen hat aber keine Lust dazu. Still und steif steht sie da und schaut immer noch mit grossen Augen die neue Tante an. Die Mutter ist aufgebracht und entschuldigt sich, dass das Kind gerade heute nicht pariert. "Lass mal," vermittelt Tante Gretel, "ich bin ihr noch zu fremd. Aber pass' mal auf; das wird sich gleich geben." Bei diesen Worten öffnet sie ihr Kofferchen und entnimmt ihm einen grossen, glänzenden, roten Ball. "Schau mal, Lottchen, was ich dir mitgebracht habe!" Im Nu ist die Kleine an ihren Knien, sieht mit plötzlich strahlend gewordenen Augen den grossen roten Ball an und streckt beide Händchen danach aus. "Halt," ruft die Mutter dazwischen, "das gibt es nicht. Lottchen, wie sagt man, wenn man etwas haben will?" - "Danke! Danke!" jubelt das Kind und streckt immer noch die Händchen nach dem Ball aus. "Wein, zuerst sagt man bitte," belehrt die Mutter das Kind, "das weisst du ganz gut. Und nun sag' mal schön "bitte, bitte"!" Doch Lottchen will nicht "bitte, bitte" sagen; sie will auf einmal auch den Ball nicht mehr haben. Sie lässt die kleinen Arme sinken und beginnt zu weinen. Wieder muss Tante Gretel eingreifen, muss versöhnen, muss trösten. Schliesslich hält Lottchen den roten Ball in ihren kleinen Händen - aber von jubelnder Kinderfreude ist nichts mehr zu bemerken.

Als Lottchen am Abend schon in ihrem Bettchen liegt, wird Tante Gretel - von Beruf Jugendleiterin - von ihrer Schwester noch gründlich über die richtige Erziehungsmethode informiert. "Ein Kind hat einfach zu gehorchen," stellt die Mutter unter anderem fest. "Das gibt's doch nicht, dass einem so ein zweijähriges Ding wie unsre Lotte über den Kopf wächst. Die hat aufs Wort zu gehorchen; die muss parieren, und wenn sie das nicht tut, dann gibt's...!" "Was gibt's dann?" fragt Tante Gretel sachlich. Ihre Schwester wird etwas verlegen. "Na, ich geb' ihr dann halt einen ordentlichen Klaps," und nun völlig unsicher geworden setzt sie hinzu: "Was soll man sonst auch machen?" - "Allerdings," erwidert Tante Gretel, "da ist guter Rat teuer, denn das Kind ist dir trotz deiner Parier-Methode schon über den Kopf gewachsen." Empört, in ihrer innersten Mutterehre angegriffen, protestiert die junge Frau. Tante Gretel lässt ruhig den Sturm vorübergehen, und ohne auf erregt hingeworfene Worte ihrer Schwester zu reagieren, fragt sie unvermittelt: "Wenn es dir nicht mehr mit einem freundlichen oder strengen Blick, mit einem liebevollen oder verweisenden Worte gelingt, mit deinem zweijährigen Kinde fertig zu werden, dann

musst du doch zugeben, dass es mit deiner Erziehungskunst nicht weit her, und dass dir das Kind irgendwie überlegen ist! Wer ein Macht- oder Gewaltmittel anwendet, um jemanden zu bezwingen oder klein zu kriegen, der verrät damit immer, dass er im Grunde genommen der Schwächere ist. Das gilt vor allem in der Erziehung. Ausserdem grenzt es doch an Grausamkeit, wenn ein Erwachsener seine grössere körperliche Kraft dazu benützt, auf ein kleines, wehrloses Menschenkind loszugehen."

Die junge Mutter protestiert nicht mehr. Allmählich wird es ihr klar, dass es ein besseres Erziehungsmittel für eine Mutter geben müsse als die schlagende Hand.

Erna Glatzer.

Kinder und Lebenserfahrung.^x

SPD. Zur Erziehung gesunder Kinder gehört nicht nur richtige Kenntnis vom Körper, seiner Ernährung und Pflege, sondern auch die Kenntnis von der Seele des Kindes, von den Bedürfnissen und Anforderungen, die das Kind in geistiger Beziehung an seine Umgebung stellt. Eine ganz wichtige Seite dieser Bedürfnisse, vielleicht die wichtigste, ist das Verlangen des Kindes, seine Erfahrungen im Leben allein und selbständig zu machen. Das Kind entdeckt alles für sich, die Welt und die Umwelt, und jeder erinnert sich gewiss, wie erschüttert er innerlich war, als er im Pubertätsalter allmählich feststellen musste, dass alles, was er für eigenstes Urerleben gehalten hatte, jedem Menschen in gleicher oder doch ähnlicher Form zur gleichen Zeit zuteil geworden war. Das ist ja das Wunderbare und Erschütternde an der ersten Liebe, dass wir sie für ein Erlebnis halten, das in solcher Erhabenheit und Tiefe keiner ausser uns selbst je zu empfinden vermöchte. Es erbittert uns, wenn wir dann erkennen, dass wir nichts Besonderes sind, dass wir ein Individuum unter vielen anderen gleichföhlenden sind. Aus diesem Konflikt, der sich noch aus anderen Veranlassungen einstellen kann, ergeben sich häufig schwere Krisen im Leben der Jugendlichen. Es sollte daher so zeitig als irgend möglich versucht werden, die Erziehung so zu leiten, dass diese Krise vermieden wird. Das ist nur möglich, wenn von klein auf ein Kind gewohnt ist, sich einzuordnen, wenn man ihm Gelegenheit gibt zu einer Selbständigkeit, die man leider sehr oft unterdrückt. (weil man es von seinen Eltern so gewohnt war), die ihm aber naturnotwendig ist, um wirkliche eigene Lebenserfahrung zu sammeln. Ein altes Sprichwort sagt, dass das Ei immer klüger sein will als die Henne. Das trifft aber nur zu, wenn man ihnen ihre eigene Klugheit rein aus dem Altersunterschiede hergeleitet wissen will! Das erkennt kein Kind an. Jedes Kind erkennt erst die Erfahrungen der Erwachsenen im richtigen Umfang an, wenn sie sich ihm zwanglos bewiesen haben.

Die erste Erfahrung des Kleinkindes, die wir Erwachsenen einwandfrei feststellen, pflegt die zu sein, dass das Kind erkannte, dass Feuer brennt! Es hat das Händchen an den Ofen gehalten und sich dabei verbrannt. Daher glaubt es uns nun, dass der Ofen heiss ist, und geht um jeden Ofen mit ernsthaftem Gesichte herum und beteuert: "Ofen heiss, tut weh" oder es pustet auf die Händchen, wenn es noch nicht genügend sprechen kann. Es nützt nichts, wenn wir ihm erzählen, dass Feuer weh tut; ehe es sich nicht davon überzeugt hat, wird es triebhaft immer und immer wieder versuchen, sich dem Feuer zu nähern. Genau so ist es mit allen späteren Verboten. Verboten bedeutet dem Kinde nur leere Rede. Man muss daher immer ein Verbot so verständlich machen, dass der Sinn, der dahinter steht, von dem Kinde begriffen wird. Z.B. kann man das Verbot des Trinkens alkoholischer Getränke am wirksamsten begründen, indem man den Kindern sagt, dass sie aufhören zu wachsen, wenn man ihnen Alkohol geben

würde. Das begreifen sie, und da sie sehnlichst auf die Zeit warten, wo sie gross sein werden, so werden sie nun von selbst nie mehr den Wunsch haben, etwas Bier zu kosten.

Aus der Fülle der Beispiele will ich nur noch die "Schulbeispiele" in des Wortes wahrster Bedeutung herausgreifen. Seit wenigen Monaten sind die kleinen Sechsjährigen in der Schule. Von diesem Augenblick an haben die Eltern und Erzieher es in der Hand, ob sie selbständige, verantwortungsvolle Schüler und Menschen oder nur Handlanger erziehen wollen. Es ist eine begreifliche Eitelkeit der Eltern, dass sie "ihr Kind" gern als guten Schüler sehen wollen. Aus diesem Grunde begehen sie oft den Fehler, mit dem Kinde zu arbeiten, indem sie sich neben das Kind setzen und ihm jeden Strich, den es zu machen hat, vorzeigen. Das Heft sieht in den meisten Fällen sauber und nett aus bei den häuslichen Arbeiten, während in der Schule geschriebene Aufgaben sehr davon abstecken. Die Eltern verwöhnen das Kind durch ihre Hilfe derartig, dass es sich ganz darauf verlässt und aus eigener Initiative nicht viel unternimmt. Es kommt nie auf den Gedanken, einmal Schularbeiten zu machen, wenn die Mutter, oder wer auch mit ihm arbeitet, nicht zu Hause ist. Es lernt nie selbständig arbeiten, und es lernt auch nie, selbst verantwortlich zu sein für das, was es arbeitet. Macht es einen Rechenfehler, so hält es der Mutter oder dem Vater vor, dass sie den Fehler übersehen haben! Auf diese Weise wird es aber leider auch des frohen Gefühls, etwas allein geleistet zu haben, beraubt. Es kommt nie zu der richtigen Einstellung gegenüber der zu leistenden Arbeit; es kommt nicht zur Freude an der Arbeit. Es arbeitet nur, weil es arbeiten muss, und diese Einstellung wird das ganze Leben hindurch nicht mehr völlig zu revidieren sein. Ich halte dies für viel gefährlicher als ein verschmiertes Schreib- oder Recheheft! Richtig schreiben lernt schliesslich jeder, und jedes Kind wird von sich aus auch zu einem Pakt mit dem Tintenteufel kommen, der dauernd auf die reinen Seiten "Klexe" macht! Und hat das Kind seine eigene Ansicht über eine Sache, so versuche man, es zu überzeugen, wenn sie falsch ist, unterdrücke sie aber nie gewaltsam. Bringt das Kind in der Gemeinschaft der Schule diese falsche Ansicht zu Gehör, so wird man sie korrigieren! Der Irrtum beweist sich durch die eigene Erfahrung eindringlicher als durch Zwang. Auch die Hochachtung vor der Ueberlegenheit der eigenen Angehörigen wächst, und nur auf diese Weise kann man erreichen, dass man den gewünschten Einfluss auf das Kind bekommt. Man soll nie seinen Rat aufdrängen. Man achte vielmehr im Kinde die selbständige Ueberzeugung, selbst wenn sie falsch ist.

Kleine Ursachen können grosse Wirkungen auf das Zusammenleben zwischen Erwachsenen und Kindern haben. So schrieb kürzlich ein siebenjähriger Schüler das Wort "Omdibus". Seine Mutter hatte es ihm diktiert und sagte ihm, dass es falsch geschrieben wäre. Er protestierte und behauptete, dass es doch so gesprochen würde. Sie sagte ihm ganz ohne Ärger sehr nebenbei: "Wie Du meinst! Ich wollte Dir nur einen Fehler ersparen." Am nächsten Tage berichtete er sachlich aus der Schule und bemerkte mit etwas verlegenem Lächeln: "Leider habe ich einen Fehler". Im gleichen unbeteiligten Tone fragte die Mutter: "Ach, was hast Du denn falsch geschrieben?" Er: "Na, Du weisst doch, eben Omdibus." Diesem lächerlichen "Omdibus", der allmählich zwischen Mutter und Sohn sprichwörtlich geworden ist, verdankt die Mutter den zunehmenden Respekt des Jungen vor der "Lebenserfahrung", die die Erwachsenen vor den Kindern voraus haben. Der Junge fragt um Rat, bzw. befolgt die Ratschläge, weil er aus eigener Erfahrung erkannt hat, dass die Erwachsenen nicht nur so tun, als ob, sondern auch wissen, warum sie so tun. Wir gewinnen das Vertrauen unserer Kinder durch diese "Grosszügigkeit" gerade in kleinlichen Dingen, und das ist es, was wir brauchen!

Susi Bork.

Am Fenster.^x

SPD. Es war des Gösta liebste Beschäftigung, bei der guten Nachbarin, bei der er einen Stein im Brett hatte, im Fenster zu liegen und ins Gässchen hinabzublicken. Er konnte dabei auch seitwärts ins eigene Häuschen schauen. Und er lernte Menschen und Dinge aus der Entfernung zu betrachten und die richtige Einstellung zu ihnen zu finden.

Da kam die Mutter aus dem Häuschen und trug den schweren Waschkopf vor sich her. Der Gösta konnte sehr wohl bemerken, wie angespannt ihre Arme waren, wie mühsam sie die Last mit ihrem Leibe stützte, sie ihr Gesicht verzerrt war vor Anstrengung. Ja, Mutter hatte es wirklich sehr schwer. Und er verstand mit einem Male nur zu gut, dass sie oft die Geduld verlor, wenn zu aller Arbeit die Kinder sich zankten und ihr keine Ruhe liessen. Er wollte sich auch zusammennehmen. Und wenn er erst gross war, wollte er für Mutter arbeiten, und sie sollte sich dann lange, lange ausruhen dürfen.

Der Karli kam aus der Schule heim und auf das Gässchen zu. Sein Gesicht fiel dem Gösta in die Augen. Er sah, dass es bleich und der ganze Karli dünn wie ein Stecken war. Aber Karli schaute garnicht so wütig drein, wie der Gösta sich ihn immer vorstellte, weil der Karli so oft auf ihn losfuhr und ihn Nacht mit den Füssen stiess in dem schmalen Bett, in dem sie zu zweit schliefen. Und Gösta sehnte sich danach, gut Freund zu sein mit seinem Bruder Karli.

Aus der Schmiede schleppte sich der Heiner den Weg herauf. Der war schon vierzehn und lernte das Handwerk. Der Schmiedehammer war schwer für seine schwachen Arme. Müde und ernst schaute er drein, nahm sich aus wie ein kleiner Erwachsener in den langen Hosen, dem zu weiten Rock und dem weichen Hut, stellte die Füsse nach Art der Erwachsenen. Dem Gösta fiel es schwer auf die Seele, dass der Heiner nun von früh bis spät arbeiten musste und nie mehr sich tummeln durfte. Ihn hatte er am liebsten. Am wenigsten geriet er mit ihm in Handel. Und dann sah der Heiner dem Vater so ähnlich. Die Mutter sagte es, und die musste es wohl wissen. Jedesmal, wenn sie davon sprach, kamen ihr die Tränen. Dann sehnte sich der Gösta nach dem Vater und hatte den Heiner besonders lieb. Aber er war schüchtern und konnte es nicht zeigen. Nun rief er ihn von oben beim Namen. Das war viel. Der Heiner guckte hinauf und grinste über das ganze Gesicht. Da war der Gösta zufrieden.

Von irgendwoher kam der fünfjährige Otto gelaufen, beladen mit Tischlerabfällen, tat wichtig und ahmte die Grossen nach. Manchmal spielte er unerlaubte Spiele, die Gösta sich vorbehalten hatte, vergnügte sich mit Dingen, die Gösta als sein Eigentum betrachtete. Wäre der Gösta drunten gewesen, er hätte sie ihm aus den Händen gerissen, hätte ihn verscheucht. Von seinem augenblicklichen hohen Standpunkt aus erschien Ottos Keckheit weniger strafbar. Gönnerhaft schaute Gösta und liess ihn gewähren: besass doch er, der Gösta, mehr als irgendeiner von denen da drunten - die Gunst der Bäuerin und den sonnigen Platz über dem Getriebe. Und er verzieh den kleinen Schwestern, die sich so drollig unbeholfen beim Spiel gebärdeten, dass er laut lachen musste, verzieh auch dem hilflos zappelnden Kleinsten die unfreiwillig geopfert Stunden des Kinderwartens und die tropfende Nase.

Immer mehr Beobachtungen machte Gösta oben am Fenster. Was er früher mit den Augen der Andern angesehen, mit ihrem Urteil geurteilt hatte, das lernte er nun sehen mit eigenen Augen auf neue Weise, beurteilen mit eigenem Verstand und Empfinden. Er sah von dort oben, wie abgetrieben der Gaul des Müllers war, und dachte, dass doch der Fuhrmann kein Recht hatte, ihn zu schlagen, wenn er kaum von der Stelle kam auf dem holprigen, anstrengenden Fahrweg, beschwert von der Last der Mehlsäcke, zumal wenn der Weg vom Regen aufgeweicht war. Und wenn des Nachbarn grosser Hund, der das Wägelchen mit den Milchkannen zog, schweisstriefend auf dem Sack lag und die Zunge heraus-

streckte, lechzend vor Durst, und niemand sich beeilte mit einem labenden Trunke, dann litt Gösta die Qualen mit ihm. Mit einem Male hielt er es nicht mehr aus und rannte hinunter, um den Hund zutränken.

Ordentlich böse aber wurde er, wenn der arme Krämerjude durchs Dorf kam, den schweren Sack auf dem Rücken, und die Buben und Mädels hinter ihm herliefen "Jud, Jud!" Der Gösta sah es von oben am besten, wie arm, wie krumm, wie niedergedrückt, hungrig und abgezehrt der Mann war. Wie so garnicht schlimm und tücksich-hinterlistig sein Gesicht aussah, eher sorgenvoll, verängstigt und traurig. Er glaubte es auch den Andern nicht mehr, dass der Jude böse Gedanken habe und die unartigen Kinder hole. An seinem Fensterplatze hoch oben dämmerte ihm die Erkenntnis, dass der Jude ein Mensch sei wie alle anderen auch, dass ihm Unrecht geschah. Gewiss hatte auch er Kinder daheim und musste zusehen, wie er das Brot verdiente, damit sie satt wurden. Gewiss, Gösta wollte den Krämerjuden nicht mehr hänseln, und er wahr ehrlich erfreut, wenn einer der Sommergäste den Mann anrief und ihm was abkaufte von den tausenderlei Kleinigkeiten, die sein Kramkasten barg.

Noch vieles lernte der Gösta sehend am Fenster droben, und neben dem Ernsten lernte er auch das Lustige sehen.

Sascha Rosenthal.

Kinder in Not.^x

SPD. Schon in normalen Zeiten haben die Kinder des Proletariats viel entbehren müssen. In kinderreichen Familien war immer Schmalhans Küchenmeister. Um wieviel mehr werden sie von der Not betroffen, die lange Arbeitslosigkeit ihrer Eltern verursacht! Wie bitter weh ist den Müttern ums Herz, wenn sie in hungrige Kinder Augen sehen müssen! "Arbeitsamt", "Wohlfahrtsamt", diese beiden Worte hören die Arbeiterkinder jeden Tag. Die Kleinen wissen garnicht mehr, dass Vater auch einmal Arbeit gehabt hat. Neulich erzählte mir eine Mutter ein Erlebnis mit ihrem sechsjährigen Kinde. Es hatte in der Schule die Geschichte von Jesu Geburt gehört und liess sie sich von der Mutter noch einmal erzählen. An der Stelle, an der es heisst: "und wickelte ihn in Windeln und legte ihn in eine Krippe, denn sie hatten sonst keinen Raum in der Herberge", sagte das Kind: "Wenn sie so arm waren, dann gingen sie wohl auch zum Wohlfahrtsamt?"

Wie Kinder unter der Armut leiden, sollen ein paar Kinderaussagen zeigen.

Da sind zuerst die schlechten Wohnverhältnisse. Ein neunjähriger Junge klagt: "Wie ich jetzt krank war und im Bett gelegen habe, hat mir die Lehrerin ein Bilderbuch gebracht mit schönen Geschichten. Und ich habe lesen wollen. Aber es ist bei uns so finster, dass ich den ganzen Tag nichts gesehen hab, erst wie ich wieder gesund war und auf den Gang gegangen bin, hab ich lesen können. Und ich habe geheult, wie die Mutter gekommen ist. Und die Mutter hat gesagt, wenn sie Geld hat, wird sie Petroleum für die Lampe kaufen. Aber sie hat kein Geld gehabt. Und das ist nur wegen dem Loch, in dem wir wohnen."

Aus der Erhebung des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände im Jahre 1927 ging hervor, dass fast jeder fünfte Jugendliche kein eigenes Bett hat. Folgende Ausserung eines achtjährigen Mädchens ist deshalb keine Einzelerscheinung: "Mir tut jetzt immer alles so weh, denn wir haben einen Untermieter und da schlaf ich mit der Mutter und der Grete und dem Hansi in einem Bett. Da wird man immer gestossen und kann sich nicht ausstrecken."

Auch der Mangel an Kleidung wird von den Arbeiterkindern sehr stark empfunden, denn er wirkt sich ja nicht nur als eine körperliche Beeinträchtigung aus, durch die sie frieren müssen oder schmutzig sind oder an heissen Tagen unzweckmässig gekleidet gehen - er wird vor allen Dingen auch zu einer Zurücksetzung, die das Wertgefühl der Kinder herabmindert und sie seelisch kränkt.

Alle Aussagen von Kindern über mangelhafte Kleidung betonen gerade diese Seite. Ein dreizehnjähriges Mädchen sagt: "Alle anderen sind schön angezogen. Mir gibt niemand was. Am Sonntag mag ich garnicht auf die Strasse gehen, weil sie mich auslachen. Wenn ich so aussehe, so mag mich niemand und kein Kind in der Schule spricht mit mir und niemand will mit mir gehen und ich bin allein. Ein achtjähriger Junge erzählt: "Der Lehrer ist mit den anderen nach N. gefahren. Ich möchte auch mit. Aber meine Schuhe sind zerrissen und ohne Schuhe kann man dort nicht gehen." Alle Lehrer können bezeugen, dass sehr viele Volksschulkinder bei starkem Regenwetter nicht zur Schule kommen können, weil sie zerrissene Schuhe haben. Auch dann können sie nicht kommen, wenn die Schuhe zur Reparatur gegeben werden. Die Kinder haben nur ein Paar Schuhe anzuziehen. Dass ein fünfzehnjähriger Junge lieber friert, als dass er sich gedemütigt fühlt, weil er abgerissen ist, bezeugt der folgende Ausspruch: "Ich möchte gern einen Mantel haben. Mein alter Mantel ist ein Fetzen. Ich bin den ganzen Winter ohne Mantel liefern gegangen. Denn einem so abgerissenen Jungen machen die Kunden nicht einmal die Tür auf. Aber oft war mir kalt. Ich hab dann schon gedacht, ich werde krank vor Kälte und muss schon sterben."

Schlechter Verdienst und Heimarbeit haben schon immer die Ernährung des Arbeiterkindes bis zur Unterernährung herabgedrückt. Dann sind vier Jahrgänge Kriegskinder herangewachsen, die kaum wieder die Spuren der Unterernährung überwinden können. Jetzt diktiert die Arbeitslosigkeit unerbittlich, was und wieviel Nahrung den Kindern gegeben werden kann. Jeder Nahrungsmittelhändler wird bestätigen, dass das Geld des Arbeitslosen und auch das des noch in Arbeit stehenden Arbeiters nur zu den billigsten und minderwertigsten Lebensmitteln reicht. Da auch sie nur in beschränktem Umfange gekauft werden können, wird das Arbeiterkind erneut in grösster Masse von der Unterernährung bedroht. Wie erschütternd und trostlos die Aussagen der Kinder selbst über ihre Ernährung sind, zeigt die Aussage eines sechsjährigen Mädchens: "Ich komme wieder in die Ferienkolonie. Da kann ich alle Tage essen, so viel ich will. Und nie ohne Abendbrot schlafen gehen. Und morgens immer Frühstück. Da muss man nicht den ganzen Tag warten, bis die Mutter abends Geld bringt für den Kaufmann. Denn wir kriegen nur noch etwas, wenn wir zahlen."

Auch Arbeiterkinder haben Sehnsucht nach einem schöneren Leben. Welch ein Drang nach Wissen steckt in diesem elfjährigen Jungen: "In unserer Klasse ist ein Junge, der geht mit seinem Bruder in die Urania. Da sieht man Filme! Und da lernt man was! Da kann einer einmal was ordentliches werden. Aber so einer wie ich, der immer einkaufen muss und Holz tragen und Schlägt kriegt." Oder ein Zehnjähriger sagt: "Der X., der kann freilich in der Schule was können! Dem sein Vater weiss alles und sagt ihm alles, was er fragt. Und er geht auch am Sonntag mit ihm in die Stadt und ins Museum."

Wenn das Kleinkind von der Mutter, die zur Arbeit gehen muss, allein gelassen wird, so bleibt es ja nicht nur ohne körperliche Pflege, sondern ihm fehlt gleichzeitig die Aussprache, die es nötig hat, um seinen Geist zu entwickeln. Ausserdem fehlt ihm auch Spielzeug. Die Kinderforschung sagt, dass jedes Kind Spielzeug haben muss, ja, dass es sogar zu bestimmten Zeiten ein bestimmtes Spielzeug haben muss, wenn seine geistigen Kräfte erwachen und wachsen sollen. Das Arbeiterkind wird durch diesen Mangel in seiner Entwicklung aufgehalten. Auch geistig kommt es gegenüber seinem gleichaltrigen Kameraden aus wirtschaftlich besseren Verhältnissen in Rückstand. Auf Grund von Intelligenzprüfungen hat die Kinderforschung festgestellt, dass der Entwicklungsunterschied bei elfjährigen Kindern zwei bis drei Jahre zwischen gepflegten und ungepflegten ausmacht. Hauptsächlich durch ihre bessere Sprache und ihren grosseren Wortschatz erreichen die gepflegten Kinder diesen Vorsprung. Wenn auch das Arbeiterkind eine grössere Lebenserfahrung hat und in praktischen Dingen gewandter ist, so bleibt es doch im Nachteil, weil es durch seine übrige Untlegenheit unsicher gemacht ist und Selbstbewusstsein einbüsst.

Die Bedeutung der Umwelt haben alle Kinderaussagen erkennen lassen. Mehr Brot, bessere Wohnungen, Kleidung, Spielzeug, Lernmittel und andere notwendige Dinge können wir unsern Kindern schaffen, wenn wieder Arbeit vorhanden ist. In einer sozialistischen Gesellschaft soll allen Kindern die gleiche Entwicklung ermöglicht werden. Wir kämpfen für den Sozialismus, weil wir unsern Kindern eine bessere Zukunft gestalten wollen. Eure Kinder leiden Not. Väter und Mütter, kämpft für die Zukunft eurer Kinder!

Trude Wiechert